Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich .. „ 48.—
halbjährig .... „ 96.—
ganzjährig .... „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Dienstag, 27. Mai 1924. Nr. 124.

Der Fall Löw.

In Helenenthal bei Iglau liegt das Unternehmen des Textilfabrikanten Adolf Löw, ein kleines Königreich für sich, dessen hochmütiger autokratischer Herrscher, es nach seinen eigenen Gesetzen regierte. Alles: die Macht der Behörden und der Arbeiterorganisation erwies sich diesem Herrn Löw gegenüber Jahrzehnte hindurch als ohnmächtig. Die Hunderte von Arbeitern, die der Hunger in seine Fabrik trieb, mußten sich um den elenden Lohn, den er ihnen zahlte, mit Leib, Seele und Gesinnung verkaufen. Wer von ihnen früher es gewagt hätte, Mitglied einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation zu werden, oder auch nur eine Arbeiterversammlung zu besuchen, wäre sofort brutal auf die Straße geworfen worden. Der Begriff „freie Arbeiter", soweit er in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, war diesem Sklavenhalter fremd. Er diktierte die Löhne und ertötete durch sein Unterjochungssystem jede selbständige Regung und jedes freie Menschentum im Bereiche seiner Allmacht. Auch nach dem Umsturz milderte er nur wenig seine Ausbeutermanieren.

Dieser einsichtslose Tyrann, der wie ein Vampyr den ihm preisgegebenen Arbeitssklaven das Blut aus den Adern saugte, hat schon vor dem Kriege große Reichtümer erworben, die sich während des Krieges durch die ihm übertragenen Armeelieferungen riesig steigerte. In der Gier der Profiterzeugung verstieg er sich zu Manipulationen, die ihm eine strafrechtliche Untersuchung eintrugen. Jetzt steht er aufs neue im Mittelpunkt einer großen Skandalaffäre. Dieser Tage wurde an der österreichischen Grenze ein ihm gehöriges Automobil angehalten, in dem sich seine Frau und einer seiner Beamten befanden. Bei der Zollrevision wurden unter den Sitzen Wertpapiere und ausländische Valuten im Werte von sechs Millionen tschechischer Kronen gefunden, welche heimlich über die Grenze gebracht werden sollten. Bei der vom Finanzministerium eingeleiteten Untersuchung gestand der Direktor der Firma, Ernest, im Auftrage Löws schon wiederholt größere Geldbeträge nach Oesterreich ausgeführt zu haben. Herr Löw hatte die Absicht, am 1. Juni seine Fabrik zu sperren und hunderte Arbeiter um ihren Erwerb zu bringen, weil ihm vom Staate eine Vermögensabgabe vorgeschrieben worden ist, die er nicht bezahlen will. Insgesamt schuldet Löw dem Staate einen Betrag von etwa 20 Millionen Kronen, die ihm unbegreiflicherweise gestundet wurden, obwohl gegen kleinere Steuerzahler oft mit der größten Härte vorgegangen wird. Kriegsgewinne einzuheimsen, sein Vermögen durch günstige Konjunkturen ins riesige zu steigern, die Arbeiterschaft auszupressen, das verstand Herr Löw rücksichtslos, doch daß er, der skrupellose Verdiener auch zur Tragung der allgemeinen Lasten beizutragen, und daß er einen Teil des in blutiger Zeit ergatterten Vermögens der Gesamtheit zurückzuerstatten habe, von dieser Pflicht wollte er sich, wie viele seiner Klassengenossen, drücken. Lieber die Fabrik sperren und hunderte von Arbeitern mit ihren Kindern brotlos machen, als von dem erzielten Gewinn etwas abzugeben und Steuern zu zahlen! Ist das nicht der Kapitalist, ein Zuchtprodukt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie er leibt und lebt! Einer Gesellschaftsordnung, die den Einzelnen, eine kleine Schichte, im Besitze der Produktionsmittel läßt, die diesen Einzelnen, nicht nur die Möglichkeit der schamlosesten Bereicherung schafft, sondern deren Besitz es ihnen auch gestattet, nach Belieben zahlreiche Arbeiter- und Beamtenfamilien der Existenzmöglichkeit zu berauben. Er, der Industriemagnat, hat genug verdient, hat sein Schäfchen ins Trockene gebracht, nun soll er Steuern und Vermögensabgabe zahlen, da erscheint es ihm vorteilhafter, die Fabrik zu sperren, sein Vermögen über die Grenze in Sicherheit zu bringen, als weiter zu produzieren. Er, der Besitzer der Arbeitsmittel, kann diese außer Betrieb setzen, wann er will, ihm ist ja die Möglichkeit gegeben, auch im Auslande behaglich und sorgenlos von den dem Staate gestohlenen Millionen zu leben, bis der Staat kirre geworden ist und ihn, etwa unter Verheißung großen Steuernachlasses, bittet, die Fabrik doch wieder gnädigst in Betrieb zu setzen, damit die brotlos gewordene Arbeiterbevölkerung ganzer Dörfer Arbeitsgelegenheit finden. Das war der Plan des Löw, dieser Blüte der heutigen Gesellschaftsordnung und er wäre beinahe gelungen, wenn der Zufall nicht dazwischengekommen wäre.

Der Fall Löw ist nicht eine vereinzelte Erscheinung. Es fällt uns nicht ein, die Unternehmer durchwegs der Steuerunterschlagung zu zeihen, aber der Typus Löw ist verbreiteter als man denkt. Erst gestern hat das Abendblatt des „Pravo Lidu" berichtet, daß der Fabrikant Heinrich Melich in Semil, dem Staate an Steuern insgesamt über elf Millionen Kronen schuldete, und daß er, um sich von seiner Zahlungspflicht zu befreien, vor eineinhalb Jahren seine sämtlichen Arbeiter und Beamten entließ, zahlreiche Maschinen seiner Fabrik ins Ausland verführte und auf diese Weise den Wert der Fabrik herabminderte. Währenddem erhob Melich gegen das Ausmaß der Steuer wiederholt Protest, durch welche Proteste er genügend Zeit erlangen wollte, um auch die übrigen Maschinen über die Grenze des Staates zu bringen. Diese aufgelegte Steuerdefraudation wäre ihm beinahe gelungen, wenn nicht die Arbeiterschaft durch ihre Vertrauensmänner dies verhindert hätte. Immerhin erreichte Herr Melich, daß ihm die Finanzbehörde die vorgeschriebene Steuer auf die Hälfte herabsetzte. Erst jetzt hat der Staat einen entscheidenden Schritt unternommen und die Fabrik samt ihrer Einrichtung beschlagnahmt. Es sind also der Löws noch mehr und die Methoden, nach denen sie vorgehen, sehr verschieden. In ihrem Vorgehen zeigt sich der Geist des Unternehmertums, wie er von seinen Organisationen und seinen politischen Führern verbreitet wird. Erst vor einigen Tagen hat auf der Generalversammlung des Vereines der tschechoslowakischen Textilindustriellen der Abgeordnete Dr. Kramarsch, der selbst Besitzer von Textilfabriken ist, über die schwere Situation der Industrie Wehklagen ausgestoßen und hat das übliche Lied von der angeblich unerträglichen Steuerlast, unter der die Industrie zusammenzubrechen drohe, gesungen. In der Weise sprach er auch von den „großen sozialen Bürden", welche den Unternehmern in der Form der Ausgaben für soziale Fürsorge auferlegt sind. Systematisch wird in diesen Kreisen die Steuersabotage betrieben und propagiert. Steuer zahlen sollen nur die konsumierenden Schichten der Bevölkerung, der Arbeiter, der Angestellte und der kleine Gewerbsmann, während sie, die alle Rechte im Staate für sich in Anspruch nehmen, die den Staat kommandieren, nach ihren Interessen seine Gesetze einzurichten suchen, der Abgabepflicht in jeder Hinsicht zu entrinnen suchen. Alle jammern sie wie die Klageweiber, dabei ist der Luxus, den sie entfalten, ein nie dagewesener.

Es ist überall das gleiche. Als in Oesterreich und Deutschland der Währungsverfall eintrat, legten die Besitzenden ihr Geld im Auslande an. Das teure Vaterland war ihnen Wurst, wenn nur sie selber sich retten konnten. Hier ist es ein „deutscher" Kapitalist, der den tschechischen Staat zu bestehlen suchte, aber wer, der die Dinge kennt, zweifelt daran, daß auch gut patriotische Bürger das gleiche tun. Erst vor einigen Tagen hat der „Venkov", das Blatt der Agrarier, dem angeblichen Ausspruch eines deutschen Ausländers zugestimmt, die Tschechoslowakei wäre eine „Insel der Dummköpfe", weil sie nicht nach dem Wunsche der Agrarier — höhere Getreidezölle einführen will. Der Staat ist den Kapitalisten aller Arten solange gut, als er ihr Werkzeug ist und ihre Geldsackinteressen fördert. Zur Naturgeschichte des Kapitalisten ist der Fall Löw ein wertvoller Beitrag.

Demission der Reichsregierung.

Berlin, 26. Mai. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Dr. Marx überreichte in den späten Abendstunden dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts. Ebert betraute unter Annahme der Demission die bisherige Regierung mit der Fortführung der Geschäfte.

* * *

Die heutige Reichstagseröffnung.

Eine Sturmsitzung bevorstehend. — Die Deutschnationalen geben die Hoffnung auf ein bürgerlich-reaktionäres Kabinett nicht auf.

Berlin, 26. Mai. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute ihre konstituierende Sitzung ab, in der auch die politische Lage besprochen wurde. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Der bisherige Fraktionsvorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso die Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller, Dittmann, Scheidemann, Wels und Henke. Die erste Sitzung des neuen Reichstages wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, Dienstag nachmittags unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Genossen Bock-Gotha stattfinden. Trotzdem die Sitzung rein geschäftlicher Natur sein und nur der Feststellung der anwesenden Abgeordneten dienen soll, wird sie voraussichtlich doch einen stürmischen Verlauf nehmen, zumal mehrere der kommunistischen Reichstagsabgeordneten am Sonntag anläßlich des vertraulichen Bezirksparteitages in München verhaftet worden sind. Die Wahl des Reichstagspräsidenten wird wahrscheinlich am Mittwoch stattfinden, wenn die Parteien sich bis dahin geeinigt haben.

In der Frage der Regierungsbildung ist eine Entscheidung immer noch nicht gefallen, doch steht der Rücktritt des bisherigen Kabinettes unmittelbar bevor, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei heute nachmittag beschlossen hat, ihre Minister zurückzuziehen und damit den Weg freizumachen für die Neubildung. Abends um 8 Uhr übergaben die Deutschnationalen nach einer längeren Fraktionssitzung dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholtz ihre Antwort an die bürgerlichen Parteien der Mitte in der Frage der weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung. Diese Antwort besagt, daß die Deutschnationalen nach wie vor bereit seien, sich aktiv an der Regierungsbildung zu beteiligen und die Verantwortung mit zu übernehmen, sofern das nicht durch die Bedingungen der übrigen bürgerlichen Parteien unmöglich gemacht wird. Die Antwort zeigt das Bestreben der Deutschnationalen, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern weiterhin mit den Mittelparteien zu verhandeln, um doch noch zu einer gemeinsamen Regierungsbildung zu gelangen; doch muß diese äußerst zweifelhaft erscheinen. Auch ihren Anspruch auf den Reichstagspräsidenten hat die deutschnationale Fraktion erneut zum Ausdruck gebracht.

Die letzte Woche des Poincarismus.

Vor der Entscheidung der Sozialisten über die Regierungsteilnahme. — Caillaux verlangt die Wiederaufnahme seines Prozesses.

Paris, 26. Mai. Bei dem gestern abgehaltenen Kongresse der einzelnen Organisationen der Sozialdemokraten bildete die Beteiligung an der Regierung den Hauptgegenstand der Debatte. Wiewohl sich einzelne Föderationen der Provinz für die bedingte Teilnahme an der Regierung ausgesprochen haben, ist in der Pariser Föderation der Wunsch, außerhalb der Regierung zu bleiben, klar präzisiert worden.

Caillaux hat an Herriot einen Brief gesandt, welcher in der nächsten Zeit veröffentlicht wird und in welchem er den Gedanken einer Amnestie für sich selbst ablehnt und erklärt, er könne nur einer Revision seines Prozesses vor dem Obersten Gerichtshofe zustimmen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" meldet, man glaube, daß Herriot seine Absicht mit Bezug auf die Anerkennung der Sowjetregierung geändert habe. Statt die Anerkennung von dem Abschlusse eines Handelsabkommens abhängig zu machen, beabsichtige er jetzt, die Sowjetregierung sofort nach Bildung seines Ministeriums und ohne jegliche Bedingung anzuerkennen. Zahlreichen Radikalen gefalle dieser Gedanke nicht, da sie ihn als Zugeständnis an die Sozialisten ansehen. Es wird jedoch bestimmt erklärt, daß die französische Regierung die russische Regierung bis spätestens zum 10. Juni anerkannt haben wird.

*

Schwanengesang und Kampfansage

Poincares letzte Sonntagsrede.

Paris, 26. Mai. (Havas.) In seiner im Generalrate des Maßdepartements gehaltenen Rede führte Ministerpräsident Poincaré aus, daß er immer bemüht gewesen sei, den Frieden zu verwirklichen, der bisher noch nicht gesichert ist. Durch die allgemeinen Wahlen wurde keineswegs die Außenpolitik ausgeschaltet, von der die Regierung erklärt hat, daß sie in nichts eine Aenderung erfahren könne. Die Wahlüberraschung wurde durch die finanziellen Opfer herbeigeführt, die für das Land notwendig waren sowie durch die von gewissenlosen Leuten geschickt ausgenützte Teuerung und durch törichte Hoffnungen einiger unverbesserlicher Leute, die von einer Diktatur der Reaktion träumten und die unzufriedenen Republikaner in die Arme der radikalen Parteien trieben. Da wir kein Recht haben, den Wink des größten Teils der Wähler unbeachtet zu lassen, müssen wir der Opposition von gestern die Verantwortung der Macht überlassen und gegenüber der energischen Koalition das Gesetz des freien Spieles wahren.

Wir sind im Jänner 1923 in das Ruhrgebiet keineswegs nach einem vorher festgesetzten Plane, sondern gezwungen durch den Treubruch Deutschlands und die Notwendigkeit eingezogen, uns Pfänder zu nehmen. Im Dezember 1922 habe ich mit dem englischen Botschafter Harding über die Möglichkeit der Exploitierung der rheinländischen Staatsgruben und über die Errichtung einer Zollinie am Rheinufer verhandelt. Harding aber schrieb mir privat, daß die öffentliche Meinung Großbritanniens der Regierung nicht gestattet, sich dieser Vertragsregelung anzuschließen.

Allen ist es klar, daß Deutschland zahlen könnte, wenn es wollte. Wir haben ohne Vorbehalte den Plan der Sachverständigen angenommen und das vollkommene Einverständnis mit Theunis, Hymans und Macdonald erklärt. Immer haben wir gesagt, daß wir das Ruhrgebiet in dem Verhältnis räumen werden, in dem uns bezahlt wird und haben so zu erkennen gegeben, daß wir es ehestens zu räumen wünschen; wir sind aber der Ansicht, daß es ein Gebot der Vorsicht ist, sich Garantien für den möglichen Fall einer neuen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen seitens Deutschland zu behalten. Das Schicksal Frankreichs hängt jetzt mehr von seiner Sicherung als von dem Schadenersatz ab. Ich habe den Alliierten darüber Berichte erstattet, daß Deutschland wissentlich den Versailler Vertrag verletzt hat, und daß es Kriegsmaterial und Kriegsformationen wieder herstellt. Um einen Krieg zu verhindern, sind wir gezwungen, auf der Wacht zu sein. Die Regierung, die in dieser Angelegenheit auch nur die geringste Schwäche bekunden würde, würde mich in der ersten Reihe ihrer Gegner finden.

Der Klassencharakter der Rechtsinstitutionen.

Wenn man von Klassenjustiz spricht, versteht man darunter häufig nur besonders krasse Urteile der Strafgerichte, durch die Proletarier unmenschlich hart, Reaktionäre aufreizend mild behandelt werden. Aber in solchem Mißbrauch des Rechts erschöpft sich der Klassencharakter der Justiz bei weitem nicht, er erscheint vielmehr auch in der gewissenhaftesten Anwendung des Rechts. Alle Rechtsinstitutionen der Klassengesellschaft wirken anders auf das Proletariat, anders auf die Besitzenden.

Der Fall Astrenberg, der vor kurzem einiges Aufsehen erregte, hat die Wahrheit dieser Behauptung an dem Beispiel der Untersuchungshaft deutlich gemacht. Den Gerichten ist mit Unrecht ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie die zu 2½ Jahren schweren Kerkers verurteilte Frau gegen Kaution auf freien Fuß setzten, denn da die Nichtigkeitsbeschwerde läuft und daher das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, befand sich Frau Astrenberg in Untersuchungs-, nicht in Strafhaft. Die Untersuchungshaft aber, welche wegen Fluchtgefahr verhängt wurde, muß gegen angemessene Kaution aufgehoben werden. Denn es ist der ganz vernünftige Sinn des Gesetzes, daß die Untersuchungshaft auf das unumgänglich notwendige Maß eingeschränkt werde. Aber diese Vernunft des Gesetzes kommt eben nur dem zugute, der die angemessene Kaution stellen kann. Die mitverurteilte besitzlose Erzieherin muß die Zeit zwischen den Verhandlungen erster und zweiter Instanz über das Maß ihrer Strafe hinaus in Haft verbringen.

Es wäre ein Irrtum zu meinen, daß die Abschaffung der Kaution den Klassencharakter der Untersuchungshaft beseitigen würde. Die Besitzenden wären auch ohne diese Begünstigung noch immer im Vorteil. Denn der Arbeiter oder gar der Arbeitslose ist von vornherein eher der Flucht verdächtig, als der Wohlhabende, der bei der Flucht einen großen Teil seines Besitzes im Stiche lassen müßte. Für den Arbeiter aber ist die Untersuchungshaft immer zugleich Strafe, weil sie ihm seinen Erwerb empfindlich schmälert, wenn nicht gänzlich entzieht. Daß die Untersuchungshaft unter gewissen Voraussetzungen in die Strafe eingerechnet werden kann, ist ein schwacher Trost für alle diejenigen — und es sind ihrer nicht wenige — die längere Zeit in Untersuchungshaft saßen, als ihre Strafe ausmacht oder gar diejenigen, deren Schuldlosigkeit nachträglich hervorkommt.

Wenn die Staatsanwälte und Richter sich bemühten, dem Geist der Strafprozeßordnung entsprechend, die Untersuchungshaft tatsächlich auf das unbedingt Notwendige einzuschränken, wäre diese Härte weniger fühlbar. Aber dazu würden nicht nur sozial empfindende Richter, sondern vor allem ein rascherer Gang der Rechtsprechung erforderlich sein. Also gut bezahlte Richter, und mehr Richter — und dazu hat die Klassengesellschaft kein Geld —. Wir sehen auch hier die unlösliche Verflechtung aller Institutionen in ein kapitalistisches System und ziehen daraus die Erkenntnis, daß auch der Kampf gegen die Klassenjustiz nur ein Teilkampf sein kann in der großen Emanzipationsbewegung des Proletariats.

„Nachträgliche" Beratungen Beneš mit Mussolini.

Taormina, 26. Mai. Außenminister Dr. Beneš ist in Begleitung des Legationsrates Jean Masaryk nach Rom abgereist, wo er nachträgliche Beratungen mit dem Ministerpräsidenten Mussolini pflegen wird. Dr. Beneš kehrt wahrscheinlich am 1. Juni nach Prag zurück.

Die öffentlichen Bezirksbildungsausschüsse.

Ihre erste Reichstagung in Teplitz.

Sonntag traten in Teplitz die Vertreter der öffentlichen Bezirksbildungsausschüsse aus der ganzen Tschechoslowakei zur Beratung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten zusammen. Die Versammlung war gut besucht, doch hatten immerhin viele Bezirke niemanden entsendet, was vielleicht ein Organisationsfehler sein mag. Denn in Mähren und Schlesien bestehen bereits Landesverbände, nämlich nationalistische Rumpfkörperschaften und daran mag es liegen, daß manche anders gesinnte Bezirke dieser Länder nicht zur Stelle waren.

Am Vormittag referierte Dr. Moucha über die Gemeindebüchereien, Professor Dreyhausen über den Sonderausschuß beim Verbande der deutschen Selbstverwaltungskörper als Zentralstelle der Bildungsausschüsse und Genosse Kögler-Bodenbach über die Aufgaben der Bildungsausschüsse. Alle drei Berichte ließen erkennen, daß manches Ersprießliche geleistet wurde, daß aber doch die ganze Einrichtung noch ziemlich in den Anfängen steckt. Die öffentlichen Büchereien erfassen nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung als Leser, die Buchwarte sind nur in ganz wenigen Orten ihrem schweren Amte sachlich gewachsen. Die Auswahl der Bücher und die Buchberatung erfolgt oft ohne Plan und Wissen. Die Ausbildung der Buchwarte, die in Kursen und durch die Zeitschrift „Buch und Volk" geschieht, bedarf also der Vertiefung. Auch eine Schule für Volksbildner stellte Dr. Moucha zur Erwägung.

Noch weniger Zielsicherheit als in den Büchereien herrscht im Vortragswesen und in der sonstigen Tätigkeit der Ausschüsse. Genosse Kögler empfahl in seinem temperamentvollen Referat als nächste Aufgabe die Schulung der Gemeindefunktionäre, Anlegung von Musterkreisbibliotheken und von Wanderbüchereien für ganz kleine Orte und — unter Hinweis auf das große Brünner Beispiel — von Volkshochschulen, die das Wissen der Zeit systematisch zusammenfassen sollen. Um eine dauernde finanzielle Grundlage zu schaffen, riet er planvolle Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen und den Verwaltungskommissionen an. Solange eine solche nicht zu erzielen ist, wird auch die Regierung nur widerwillig und gezwungen mit Unterstützungen herausrücken. Ordnung wird in die ganze Sache wohl erst kommen können, bis die Ausschüsse, soweit sie arbeiten — und viele schlafen — nicht experimentieren und jeder nach einer anderen Seite ziehen, sondern sich zu Zweckverbänden zusammenschließen werden, sei es nun landschaftsweise, sei es in der ganzen Republik. Professor Dreyhausen empfahl als das natürliche und gegebene Organ dieser Zusammenfassung den Sonderausschuß beim Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, in dem alle Parteien zusammenarbeiten und der also eine gewisse Neutralität der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Volksbildungsbewegung einigermaßen verbürge.

Diesem Vorschlage galt der Großteil der nachmittägigen Debatte, da der Führer der „Heimatbewegung" Professor Lehmann vorschlug, einen Reichsverband der Bildungsausschüsse völlig unabhängig vom Sonderausschuß zu gründen. Dieser Antrag, der plötzlich, ohne auf der Tagesordnung zu stehen, zur Erörterung gestellt wurde, verfolgte offenkundig den Zweck, nach dem Muster der Rumpfkörperschaften in Mähren und Schlesien den von diesen verfolgten völkischen Tendenzen in der ganzen Republik zum Siege zu verhelfen. Ausgesprochen wurde diese Absicht natürlich nicht. Alle Redner sprachen vielmehr salbungsvoll von der „Volksbildung" im allgemeinen, als ob deren Ziele wirklich allgemein feststünden und als ob nicht das Ideal der Volksbildung für jede Klasse ein anderes wäre. Unsere bei der Reichstagung anwesenden Genossen durchschauten sofort, worauf der Plan des Professors Lehmann hinausliefe, und ihr Widerstand genügte, um die Gegenseite zum Rückzug zu veranlassen. Die Tagung einigte sich darauf, den Sonderausschuß zu beauftragen, Vertreter der Landschaften heranzuziehen und mit diesen gemeinsam den Zusammenschluß aller Bezirksbildungsausausschüsse im Rahmen des Sonderausschusses vorzubereiten.

Der Verlauf der Besprechungen zeigte deutlich, wie wichtig, ja unentbehrlich die Mitarbeit unserer Genossen an den Bezirksbildungsausschüssen und an deren höheren Organisationsformen ist. Diese Körperschaften werden einen immer größeren Teil der „neutralen" Bildungsarbeit in die Hand nehmen, sie werden durch eine Lichtbilder- und Vortrags-Vermittlungszentrale, durch Kurse und Volkshochschulen, durch Büchereien, Buchwartkurse, die Zeitschrift „Buch und Volk" und vielleicht gar durch eine Volksbildnerakademie auf die ganze deutsche Oeffentlichkeit einwirken, und weil sie mit öffentlichen Mitteln arbeiten, können sie bald eine energische Tätigkeit entwickeln. Wenn wir in diese Körperschaften nicht eindringen, nicht mitarbeiten und uns Feindliches nicht verhindern, so werden durch diesen Kanal genau so wie durch die Presse die Tendenzen unserer Gegner, Nationalismus, Klerikalismus, kapitalistische Verseuchung und hakenkreuzlerische „Heimatbewegung" in alle Kreise dringen. Die öffentliche Volksbildungsarbeit ist eine Tribüne der Demokratie, nicht anders wie das Parlament, und deshalb so wie dieses ein Betätigungsfeld der Partei. Es ist ebenso billig wie falsch, zu sagen, daß die bürgerliche Wirtschaft uns nichts angehe. Im Gegenteil, sie kümmert uns sehr viel, denn sie fragt uns nicht, ob sie durch Schule, Zeitungen, Bücher und Volksbildungsbestrebungen in die Masse eindringen darf oder nicht. Sie tut es einfach und wenn wir zur Seite stehen und sie nicht beachten, verdrängt und erdrückt sie die von uns ausgestreuten Keime der Erkenntnis. Wo und wann immer wir siegten, gewannen wir, weil wir die Aufgabe, die an uns herantrat, fest anpackten. Die Bezirksbildungsausschüsse und ihre Tätigkeit stehen diesmal als Aufgabe vor uns: auch ihr dürfen wir nicht ausweichen, sondern wir müssen sie kraftvoll in die Hand nehmen, damit die verschiedenen Verfälschungen der Volksbildungsbewegung endlich einmal ihr wohlverdientes Ende finden.

Inland.

Landbündlerische „Bodenreform." Die Landbündler spielen sich bei jeder Gelegenheit als die einzig „wahren" Freunde der Kleinbauern und Häusler auf. Wie diese Freundschaft in der Praxis aussieht, soll an einem drastischen Falle aufgezeigt werden. Die Landbündler haben unter der Führung des Abg. Zierhut den Verein „Heimstätte" gegründet, der angeblich den kleinen Leuten bei der Bodenreform Grund zuschanzen will. Wie dies geschieht, davon wissen die Nachläufer der Landbündler im Wegstädtler Bezirke ein Liedlein zu singen. Dort haust als Bezirksobmann des Bundes der Landwirte und zugleich auch als Obmann der Bezirksverwaltungskommission ein gewisser Karl Ungermann, Besitzer einer Wirtschaft in Krschow im Ausmaße von 150 Strich (3½ Strich = 1 Hektar). In seinem Wohnort sowie in den Nachbarorten Schnedowitz, Lummel und Tschakowitz befinden sich zirka 60 Häusler, zum Teil ohne Grundbesitz, die ein sehr kümmerliches Dasein führen und sehnlichst die Aufteilung des beschlagnahmten Grundes und Bodens der Herrschaft Neubauer-Müller in Schnedowitz erwarten. Die landbündlerische „Heimstätte" hat den Leuten bereits gehörig Appetit gemacht. Aber auch Herr Ungermann hat einen wässerigen Mund bekommen. Er hat sich bemüht, im Kaufwege einen herrschaftlichen Grundkomplex von 23 Hektar zu erwerben, der für ihn sehr günstig gelegen ist. Die Distriktsstelle des Bodenamtes in Jungbunzlau entsandte eine Kommission, die anscheinend für Herrn Ungermann günstig in der Weise entschied, daß sie dem Kaufe unter der Bedingung zustimmte, daß Herr Ungermann eine gleich große Grundfläche als Ersatz zur Verfügung stellen müsse. Dieser war so großmütig, 27 Strich für diesen Tausch abzugeben, nur hatten sie den Mangel, daß es sich um schlechten Boden handelt, während die von ihm angestrebten 23 Strich sehr gut sind. Er soll angeblich 3300 K per Strich zahlen, für seinen schlechten Boden, den er durch einen gewissen Hanke aus Zebus verkaufen läßt, begehrt er 2800 K. Da für dieses Riesengeld außer einem Bewerber niemand Grund abnahm, ging er schon auf 2300 K herunter. Herr Ungermann möchte eben um jeden Preis für sich den guten, ertragreichen Grund haben, den miserablen Boden aber den armen Teufeln von Häuslern gnädigst überlassen. Daß die Mitglieder der „Heimstätte" mit diesem Vorgang nicht einverstanden sind und bei den sonst sehr gemiedenen Sozis Rat und Hilfe gegen ihren Führer suchen, nimmt nicht Wunder. Herr Ungermann hüllt sich bei diesem für ihn so vorteilhaftem Geschäft in ein nationales Mäntelchen: „die Tschechen sollens nicht bekommen." Ob er sein Ziel wirklich erreicht, soll abgewartet werden. Auf jeden Fall ist ersichtlich, wie sich die Landbündler die Bodenreform vorstellen: wenn schon aufgeteilt wird, wollen sie den Rahm abschöpfen. Da die Bauern nicht anspruchsberechtigt sind, wird der krumme Weg des Austausches beschritten. Wo auch dies nicht möglich ist, wollen die eingefleischten Landbündler von einer Bodenreform schon deshalb nichts wissen, weil sie die Häusler wirtschaftlich etwas unabhängiger vor ihrer Willkür macht.

Mißglückter Reinwaschungsversuch. Unser Nachweis des neuesten Fälschungsversuches des Reichenberger „Vorwärts" ist den Redakteuren dieses Blattes nicht schlecht in die Glieder gefahren. In einem vier Spalten langen Artikel sucht sich das Blatt reinzuwaschen, indem es ein Dutzend Stellen aus dem „Kampf"-Artikel Martows zitiert. Tatsächlich findet sich aber in keiner der vom „Vorwärts" zitierten Stellen aus dem Aufsatz des Genossen Martow auch nur eine Andeutung, als ob Martow behauptet hätte, daß es „nur eine wirkliche Internationale der Tat gebe, die dritte Internationale". Daß es sich um einen schweren Mißbrauch des Martowschen Artikels durch den Reichenberger „Vorwärts" und um eine bewußte Verfälschung der Meinung des Genossen Martow durch das Kommunistenblatt handelt, geht daraus hervor, daß der „Vorwärts" innerhalb der vier Spalten seiner Rechtfertigung und unter der Unmenge von Zitaten aus dem Martowschen Aufsatz jene entscheidende Stelle nicht zitiert, die wir bereits wiedergegeben haben und aus der klar und eindeutig hervorgeht, wie Martow, der Kronzeuge des „Vorwärts", für die Hamburger und gegen die kommunistische Internationale, über Moskau und

---

Die kleine Lotte.

Roman von Simone Bodève. (4)

(Copyright by Interritorialer Verlag „Renaissance", Wien.)

Noch mehrere Tage nachher haßt sie ihre Mutter. Da beginnt Mutter, wie sie beim Frühstück ihrer Tochter ganz allein gegenübersitzt, zu weinen. Lotte wirft sich ihr in die Arme, schluchzt zum Herzbrechen. Mutter trocknet ihr die Augen, schilt ein wenig.

„Dummchen, warum weinst du? Fehlt dir etwas? Iß, das wird besser für dich sein."

So ist Mutter. Ganz merkwürdig. Manchmal, selten, umarmt sie einen. Will man aber dann zärtlich werden, sagt sie:

„Nein, laß mich in Ruhe, hab keine Zeit."

Vor allem gibt es Vater.

Vater ist nicht oft da. Glücklicherweise. Oh, er ist böse, haut die Türen zu, schlägt mit den Fäusten auf den Tisch, sagt, daß nie etwas recht gekocht sei. Eines Abends, ja wahrhaftig, hat er seinen vollen Suppenteller durchs Fenster geworfen.

Dann wieder geschieht es, daß er mehrere Tage hintereinander zu Hause bleibt. Er ist nicht mehr böse, will, daß man Lotte frei herumlaufen lasse, arbeitet an der Bleiplatte, auf der die Muster vorgezeichnet sind, scherzt mit den Arbeiterinnen. Nach dem Mittagessen läßt er Lotte auf seinen Knien tanzen. Wie er sie aber — ganz zufällig — näher ansieht — setzt er sie auch gleich auf den Boden:

„Herrgott noch mal — ist die Kleine hergerichtet!"

Mutter antwortet:

„Was willst du, daß ich ihr anziehe?"

Vater und Mutter streiten ganz laut, zerschlagen alles was auf dem Tisch steht. Zum zweitenmal kommt der große Schrecken über Lotte. Sie weint. Mutter gibt ihr eine Ohrfeige. Vater ergreift sie am Arm, wirft sie ins Nebenzimmer.

Lottes Freundin ist Lucie Parent, das Lehrmädchen. Am Abend, nachdem die Arbeiterinnen weggegangen sind, kehrt sie die Werkstatt aus. Während Lotte auf das Abendessen wartet, das immer sehr spät kommt, klagt sie Lucie ihr Leid. Lucie umarmt sie.

„Kleinchen, wirst dich doch nicht krank ärgern, so jung wie du bist. Wirst noch Zeit genug dazu haben. Wirst noch ganz anderes sehen. So ist das Leben."

Es ist nicht erlaubt, in die Küche einzutreten. Aber vor dem Fenster ist ein Dach, auf dem sitzen Sperlinge. Lotte schleicht sich heran, streut ihre Brotkrümchen aus.

„Komm, Vögelchen, komm!"

Aber Vögelchen kommt nicht. Denn da ist Murr, der Kater, der starrt mit seinen blitzenden grünen Augen. Ueberallhin folgt er Lotte. Was hat er nur gegen die kleinen Vögel?

Die Ankunft von Murr, dem großen, schwarzen Murr, unterbricht die Träumerei der Kleinen. Er ist ihr liebster Spielgefährte. Er springt auch gerne — wie sie — und es ist verboten. Niemals versagt er ihr eine Liebkosung. Und auch für ihn schlägt die Essensstunde nicht, gerade wenn er den größten Hunger hat.

Er setzt sich vor das Kind hin, schließt halb die Augenlider, gähnt, schaut es an:

„Miau."

Lotte blickt auf die Mutter, dann sagt sie zum Kater, schüchtern, leise, daß mae sie nicht höre:

„Mutter arbeitet. — Mia. — Hunger, Hunger, Murrchen. Komm auf meine Knie. Sü—sü—süßer Murr."

So gibt es auch in ihrem jungen Leben, wie in dem einer Erwachsenen, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft; Dinge, die verschwunden sind, weiß selbst nicht wie, Dinge von jetzt, fröhliche, traurige. (Sie weiß nicht weshalb.) Ersehnte Dinge, auf die man warten muß. (Warum auch?)

Wie sie sechs Jahre alt ist, kommt Lotte in die Schule. Vater und Mutter haben viel darüber gestritten. Lise war in die Klosterschule gegangen. Gern hätte sie auch ihre Tochter hingeschickt. „Die Kinder halten sich doch besser", meint sie. Charles antwortet, die Schwestern seien Gänse. Gut genug, Gänse zu erziehen. Zuletzt behält er recht; denn Lise erinnert sich dunkel, gehört zu haben, daß die Schwestern für Bücher, Hefte, Federn Bezahlung fordern, während die öffentliche Volksschule nichts dergleichen tut.

An Lottes erstem Schultag gibt es ein großes Ereignis. Mutter war ausgegangen, einen kleinen Bruder zu kaufen, hat sich den Fuß verstaucht und muß sich nun krank ins Bett legen. Den kleinen Bruder hat man mit Mimi aufs Land bringen müssen zur Tante Sophie. Das ist die Geschichte, die man Lotte erzählt, wie sie um vier Uhr mit Lucie Parent heimkehr. Das Kind ist sehr traurig. Hat es sich doch schon auf den kleinen Bruder gefreut, der ihr Spielgefährte werden sollte.

Nun bleibt Lucie ganz, als Dienstmädchen, im Hause. Sie schläft in der Werkstatt auf einem kleinen Gurtbett, das man am Morgen zusammenlegt. Nur Sonntag abend geht sie heim. Ihr „Zu Hause" ist weit — Rue des Mignonnes (Lotte hört Mignonnes für Mignottes), draußen in Belleville. Ein häßlicher Stadtteil, sagt Mutter. Lucie ist ein großes Mädchen von fünfzehn Jahren, sieht aus wie achtzehn, hat eine sehr entwickelte Brust und braune Haare. Eine Pony-franse hängt ihr über die Stirne, verdeckt zum größten Teil das schon verblühte Gesicht. Lucie legt auch Puder auf. Sie hat eine Mutter, „immer krank, man reißt sich kein Bein für sie au", einen Bruder, der Telegraphenbeamter ist, „schon jetzt ein Grobian". Ihre Schwester, Georgette, die Polisterin, „läßt sich von Männern mitnehmen", die andere, Marie, „verkehrt in der feinen Gesellschaft".

Ihre Schwester Marie spielt die „Bräute" in einem Heiratsvermittlungsbüro. Das wird sehr gut bezahlt. So wird's gemacht: ein sehr eleganter Herr, der aber sein ganzes Geld verloren hat, sucht ein junges Mädchen mit großer Mitgift, um sich wieder aufzuhelfen. Man schlägt ihm Marie vor, die man für eine Amerikanerin ausgibt (manchmal auch für etwas anderes), „die viele, viele Hunderttausende von Franken hat". Die Vorstellung findet gewöhnlich in einer Opernloge statt. Da solltet ihr Marie sehen! Der Herr schenkt Ringe und Armbänder und Schachteln voll Bonbons (kleine Zangen liegen dabei, um sie zu nehmen). Haben sie nun genug Schmucksachen (die Bonbons zählen nicht), sagt man dem Herrn, daß er der Dame leider gar nicht gefalle. Er merkt vielleicht den Schwindel, sträubt sich aber nicht. Das schaute zu dumm aus. Die Arbeitgeberin behält die Juwelen, um sie zu verkaufen, Marie bekommt ihren Gehalt und die Bonbons. Die gibt sie Lucie, welche das Zuckerwerk dann mit Lotte teilt „auf die Gesundheit der Geneppten".

Manchmal finden die Verlobungszusammenkünfte bei der Arbeitgeberin statt. Bevor Lucie bei Lottes Eltern eingetreten ist, ging sie von Zeit zu Zeit hin, spielte Dienstmädchen: kleines Häubchen, gestickte Schürze. Eines Abends nun sitzt Marie im Salon mit einem „Verlobten". Läutet, daß Lucie die Lampe anzünde.

„Na man hat doch seinen Stolz, nicht? Da sitzt meine Schwester auf dem Sofa wie ein Pfau, schaut mich verächtlich an. Mir steigt das Blut zu Kopfe.

Hopfenstange — sag ich — hörst du nicht bald auf, mit deinen Lappen groß zu tun? Bist wie ich, aus der Familie Habenichts, meine Liebe.

(Fortsetzung folgt.)

den Bolschewismus gedacht hat: Die Stelle lautet:

„Mit verbrecherischem Eifer schaffen die Lenin und Trotzki die Vorbedingungen zum Auftreten des wirtschaftlich wieder hergestellten nachbolschewistischen Rußland auf der politischen Weltbühne als Träger eines gewalttätigen, bonapartistischen Imperialismus und Stifter neuer verhängnisvoller Konflikte."

Daß der „Vorwärts" eine ganze Seite für den Versuch aufbraucht, sich von der Beschuldigung der Fälschung zu befreien, beweist, wie sehr ihn unser Nachweis getroffen hat. In derselben Nummer des „Vorwärts" befindet sich neben diesem vorbeigelungenen Verteidigungsversuch noch folgendes „Material" gegen die Sozialdemokratie: Eine Notiz: „Warum sie Streikbrecherarbeit leisten", eine Notiz: „Die Austromarxisten gegen die Unterstützung der Ruhrkämpfer", eine Notiz: „Der antisemitische Sozialdemokrat" und eine Notiz: „Soermus und die deutsche Sozialdemokratie". Kurzum, die Hälfte des Blattes ist der Beschimpfung der Sozialdemokratie gewidmet. Wir haben an dem Falle Martow bewiesen, wie die Argumente des „Vorwärts" beschaffen sind und zwar hat sich an diesem Falle unsere Behauptung bestätigt, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten zwar täglich verleumden, aber außerstande sind, auch nur in einem einzigen Falle einen Wahrheitsbeweis anzutreten.

Ein schöner sozialdemokratischer Wahlerfolg. Sonntag fanden in Auschowitz bei Marienbad neuerlich Gemeindewahlen statt. Die Liste der deutschen Sozialdemokraten hat um 65 Stimmen mehr erhalten als bei den Wahlen am 16. September 1923 und ihre Mandatszahl von 9 auf 10 erhöht. Die Gewerbepartei erhielt 6 Mandate (früher 7), die „Unpolitischen" 4 (5), die Christlichsozialen 6 (5), der Bund der Landwirte 4 (4). Trotz der Ungunst der Verhältnisse, trotz der fieberhaften Werbearbeit der Christlichsozialen, die unter anderem Missionspredigten in großem Ausmaße veranstaltet hatten, und obwohl ein Teil sicherer sozialdemokratischer Wähler jetzt auswärts auf Arbeit ist und daher an der Wahl nicht teilnehmen konnte, ist es unserer Partei gelungen, ihre Stimmen- und Mandatszahl zu erhöhen. Der Wahlausfall in Auschowitz beweist somit neuerdings, daß es wiederum aufwärts und vorwärts geht. — Auch bei den Gemeindewahlen in Welthau, im Bezirke Karlsbad, konnten unsere Genossen ihre Positionen behaupten. In der Gemeindevertretung werden wie bisher neben zehn Bürgerlichen der verschiedensten Richtung fünf Sozialdemokraten sitzen.

Eine neue Kramaß-Rede. Auf dem Parteitage der Beamtensektion der Nationaldemokraten sprach auch Dr. Kramaß. Er kam auch auf die Koalition zu sprechen, über die er sagte: „Jüngst sprach ich im Verbande der Industriellen über finanzielle Fragen und die Folge war, daß ich gefragt wurde, wann ich Finanzminister werde. Das sind Sachen, die unsere politischen Zustände unnützer Weise in Bewegung setzen. In der Koalition liegt ein Gedanke: Die Koalition erhalten. Sonst ist es unmöglich, diesen Staat zu regieren. Wenn wir unseren nationalen Staat haben wollen, wenn wir wollen, daß in diesem Staate bloß Tschechen und Slowaken regieren, welche es ehrlich meinen mit diesem Staate, so erübrigt nichts anderes, als die Koalition zu erhalten. Ueber die Opposition der Stranskygruppe sagte Kramaß: „Es ist Sache der Partei, Ordnung zu schaffen. Wir müssen darauf achten, daß in unserer Partei äußere und innere Einheit herrsche. Eine Opposition nehme ich nicht tragisch Aber tragisch nehme ich eine Opposition, wenn sie aus mangelnder Liebe zur Partei erfolgt. Wir müssen die Fahne des nationalen Gedankens tragen, wir können nichts anderes wollen als was die Nation will. Je größer die Einheit in der Partei, umso größer ist die Liebe zum Staat. Für uns gibt es keine größere Aufgabe, als die Staatsangestellten, als dem Staate am meisten ergebener Faktor, in sozialer Richtung zufrieden zu stell."

Die Konferenz der Kleinen Entente wird am 10. Juni in Prag stattfinden. Auf dem Programm steht hauptsächlich das Verhältnis der Kleinen Entente zu Sowjetrußland und der russisch-rumänische Konflikt. An der Konferenz wird vielleicht auch Pašić teilnehmen, weil er zu dieser Zeit in Marienbad zur Kur weilen wird. Bratianu hat bereits mitgeteilt, daß er an der Konferenz teilnehmen werde.

Ausland.

Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands.

Organisationsbericht Stalins. — Politisches Referat Sinowjews.

Auf dem Kongreß des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei führte Stalin in dem Organisationsbericht u. a. aus: Auf dem 12. Kongreß waren 485.000 Mitglieder der russischen kommunistischen Partei vertreten, heute zählt die Partei 600.000, darunter 55 Prozent Arbeiter, 20 Prozent Bauern und 21 Prozent Beamte. Die kommunistische Jugend zählt 570.000 gegen 317.000 im Vorjahre. In den Gewerkschaften sind 5,100.000 Mitglieder organisiert gegenüber 4,000.000 Mitgliedern im Jahre 1923. (Die Zahlen sind, wie alle amtliche sowjetrussische Statistik, mit Vorsicht aufzunehmen. D. Red.)

Sinowjew erstattete in der am 24. d. abgehaltenen Vollsitzung des Kongresses das Referat über die politische Tätigkeit des Vollzugsausschusses der Partei. Dasselbe nahm viereinhalb Stunden in Anspruch. Das vergangene Jahr, sagte er, brachte uns bedeutende Erfolge Die Partei hat zwar ohne Lenin, aber im Geiste Lenins gearbeitet. Deshalb hat sich auch der Ausschuß keiner bedeutenderen Fehler schuldig gemacht. Die Anerkennung des SSSR. durch kapitalistische Staaten, sowie die erfolgreiche Durchführung der Geldreform sind ein Beweis, daß wir aus den Vorbereitungen in die erste, ja sogar in die zweite Klasse (!!) vorgerückt sind.

Die Behauptungen, mit welchen die Opposition zur Zeit der bekannten Diskussion aufgetreten ist, haben sich als irrig erwiesen. Die Pflicht ehrenhafter revolutionärer Bolschewiken der gewesenen Opposition wäre es, jetzt aufzutreten und dem Kongreß von dieser Tribüne aus zu sagen: „Wir haben uns geirrt. Die Partei und ihr Vollzugsausschuß sind im Rechte".

Deshalb ist für uns die Stärkung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit der Bauernschaft und die Unterstützung der armen Bauern unumgänglich notwendig. Vor allem benötigt (!) aber die Partei eine Million Mitglieder, davon 900.000 aus Werkstätten, die zähe Einheit der Partei und den auf dem Leninismus beruhenden Gesamtkurs der Partei.

Ueber die englisch-russischen Verhandlungen sagte Sinowjew: es ist schwer, eine bestimmte Antwort über den Ausgang der Verhandlungen zu geben, da er von Macdonald abhängt. SSSR. hegt den festen Willen zur Verständigung. Ueber den deutsch-russischen Konflikt sagte Sinowjew: „Der Ueberfall auf die Handelsvertretung, inspiriert von der deutschen Sozialdemokratie (!), war ein Versuch, um den Preis der Verschlechterung der Beziehungen mit der SSSR., Frankreich einen Dienst zu erweisen. Der Konflikt bleibt eine Episode.

Das Ruhrkapital.

Die Hand an der Gurgel des Volkes.

In der Tabakfabrik.

Ein gutes Geschäft für den Staat. — Woher kommt der Tabak? — Die Herstellung des Rauchtabaks. — Die Erzeugung von Zigarren und Zigaretten. — Der Schnupftabak.

Der Tabak in seinen verschiedensten Arten spielt im Leben des einzelnen Menschen, aber auch des Staates keine geringe Rolle. Ein richtiggehender, eingefleischter Raucher kann sich das Dasein ohne die ewig qualmende Piepe oder den stets im Munde befindlichen Glimmstengel gar nicht vorstellen. Oft ist das Rauchen für den Proletarier der einzige „Genuß", sofern man die Vergiftung des Körpers mit Nikotin als einen solchen überhaupt bezeichnen kann.

Der Staat zieht aus diesem „Genuß" (andere nennen ein Laster), einen sehr hohen Gewinn. Der Finanzminister, der sich nicht scheut, in Form indirekter Steuern den Verbrauchern jährlich Milliarden abzunehmen — z. B. vom Zucker 164 Mill., vom Branntwein 412, vom Bier und Wein 250, vom Fleisch 100, vom Mineralöl 8, von den Zündhölzchen 12, von den Kohlen gar 600 Millionen Kronen — rechnet im heurigen Jahre damit, daß ihm das Tabakmonopol nicht weniger wie 1744 Mill. Kronen einbringen wird. Ein Streik der Raucher würde den Staat finanziell schwer schädigen. Daran denkt allerdings niemand im Augenblick, weil sich der Staat bemüht, den Rauchern möglichst entgegenzukommen. Der Tabakkonsum ist nämlich nicht im Steigen begriffen; in den 19 Tabakfabriken lagern große Vorräte fertiger Waren und es droht die Gefahr, daß zirka 2000 Arbeiterinnen als überflüssig entlassen werden.

Die Tabakfabrikation ruht zum allergrößten Teil in zarten Frauenhänden, sofern man von der Zigarettenerzeugung absieht, die im Gegensatz zu früher statt von Menschen von sinnreich gebauten Maschinen rasend schnell hergestellt werden. Sehen wir uns einmal eine der größeren Tabakfabriken der Republik an. Hinter dem Bahnhof der kleinen städtischen Lokalbahn in Neutitschein steht eine Gruppe gleichmäßig gestrichener hoher Gebäude, umgeben von einem hohen Eisenzaun. Der äußere Eindruck ist nicht allzu freundlich, etwa der einer Kaserne. In der Tat ist es etwas ähnliches: die Tabakfabrik, in der rund 1400 Personen im Dienste des Staates fleißig roboten. Die erdrückende Mehrheit dieses Arbeitsregimentes sind Frauen.

Der Ein- und Ausgang der Fabrik wird natürlich streng bewacht. Infolge der Kontrolle der aus der Schicht Heimkehrenden ist ein Herausschmuggeln von Waren äußerst erschwert. Witzbold meinte, alles würde kontrolliert, nur die Nasenlöcher nicht, eine Prise Schnupftabak ist also das einzige, was nicht beanständet wird. Der Zutritt in die weit ausgedehnte Fabrik und deren Besichtigung ist nur mit Zustimmung des allgewaltigen Herrn Direktors gestattet, der die Erlaubnis aber — wie er schmunzelnd meint —, jedem tschechoslowakischen Staatsbürger gern erteilt.

Das erste, was der uns beigestellte liebenswürdige Führer zeigt, ist das Magazin, in welchem der Rohtabak lagert. Der kommt aus fernen fremden Ländern. Zur Zeit der alten österreichisch.-ungar. Monarchie lieferten das ungarische Tiefland sowie Galizien den Bedarf an Rauch- und Zigarrentabak. Das ist aber nun ganz anders. Seit dem Umsturz ist Ungarn vollständig ausgeschaltet und der Rauch- und Zigarrentabak kommt jetzt aus Amerika, Vorderindien und China. Von ungarischem Tabak ist von früher her nur noch ein kleiner Rest vorhanden. Auf die Frage, ob der Versuch in der Republik, selbst Tabak zu pflanzen, wie es in der Slowakei z. B. schon geschieht, sich lohnt, erfolgte eine verneinende Frage. Auch beim sogenannten türkischen Tabak, der vornehmlich aus Bulgarien bezogen wird und welcher zur Zigarettenerzeugung dient, trifft dies zu. Der Führer zeigt uns einen Pack sorgfältig zusammengebundener, resp. gelegter, duftender, gelber Tabakblätter aus Mazedonien. Vier Tage braucht ein Arbeiter dazu, dieses Bündel bereits gebeizter Tabakblätter fertigzustellen; eine Beschäftigung, die sicherlich nur gering entlohnt wird im Vergleich zu den heimischen Löhnen. Sind schon diese niedrig — um wie viel schlechter sind sie dann unten am Balkan oder gar in Indien und China! Wie so vieles andere nur billig ist auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, so ists zum Teil auch beim Tabak, sofern man vom Staate als den eigentlichen Nutznießer absieht. Und der Staat, seid ihr, meint der Herr Finanzminister und wenn nicht die Raucher „schwitzen", müßten halt — andere Steuern gezahlt werden, zum Wohle des Militarismus vor allem!

Schon aus der Art der Verpackung — Leinen, Matten, Pinsen — ist ersichtlich, woher der Tabak stammt. Der schon vor der Fabrik wahrnehmbare intensive Tabakgeruch ist hier in voller Stärke wirksam. Die erste Arbeit besteht im Sortieren der einzelnen Blätter nach Qualität und Farbe. Es gibt eine ganze Skala von gelber, bräunlicher und schwärzlicher Färbung der Blätter und gehört immerhin einige Uebung dazu, die vorgeschriebenen sechs Sorten auszuwählen. Die Tabakblätter werden hierauf je nach Bedarf eine kürzere oder längere Zeit in feuchten Zustand gehalten, einesteils um deren Verarbeitung zu erleichtern, anderenteils um eine Art Gärung durchzumachen. Im feuchten Zustand erfolgt flink und schnell das Entrippen jener besonders sorgsam ausgesuchten Blätter, die als Wickel und Decke der Zigarren zu dienen haben. Die einfachste Arbeit ist das Erzeugen von Rauchtabak. Der zirka 14 Tage feucht gehaltene dunkle, unentrippte Tabak wird vorerst in einem größeren eisernen Ofen getrocknet und sodann von Maschinen geschnitten. Eine größere Anzahl Arbeiterinnen besorgt hierauf das Wiegen und Einpacken des geschnittenen Tabaks. Die bekannten Tabakpäckchen werden zum Schluß zu einem Bund von 50 oder 100 Stück vereinigt und derselbe zur Kontrolle gebracht. Stimmt das vorgeschriebene Gewicht nicht, erhält die betreffende Arbeiterin den Bund zurück. Aus einem genau zugewogenen Quantum Tabak muß eine gewisse Menge Päckchen hergestellt werden, es soll nichts fehlen, aber auch nichts übrig bleiben. Die für richtig befundenen Päckchen — speziell von besseren Rauchtabaksorten — werden endlich zusammengepreßt und neu gebündelt.

Umständlicher und eine nicht geringe Fertigkeit erfordernde Arbeit ist die Herstellung der Zigarren. In großen Sälen sitzen sich die Arbeiterinnen zu je zwei gegenüber; junge und alte, dunkle und blonde, hübsche und noch hübschere. Auch sie haben genaue Vorschriften, wieviel Zigarren sie aus einer Menge zugewiesenen, entsprechend sortierten Tabaks fertigbringen müssen. Je nach der Art der zu erzeugenden Zigarren erfolgt die Mischung. Die Zigarrenerzeugung geht in der Weise vor sich, daß eine bestimmte, durch das Feingefühl der Hand bereits sicher erfaßte Menge Tabak auf das feuchte Wickelblatt gelegt und dieses zusammengerollt wird. Die dadurch erzeugte Zigarre sieht freilich noch etwas plump und ungelenk aus. Sie kommt deshalb in die Form. Das heißt, ein Brettchen hat eine Anzahl Einschnitte in der Gestalt der Zigarren. Dort hineingepreßt, gelangen sie in kurzer Zeit in die Hände der vis-a-vis sitzenden Kollegin, welche kunstgerecht das dünne, aus bestem Material bestehende Deckblatt darumwickelt. Die überschüssigen Enden des Blattes werden mit einem scharfen Messer sorgfältig abgeschnitten und zuguterletzt die Spitze mit einer Masse zusammengeklebt. Nun ist die Zigarre bis auf die Trocknung, wobei ein chemischer Prozeß sich vollzieht, fix und fertig. Selbstverständlich werden die Zigarren auch nachgewogen und darf keine zu leicht befunden werden. Das Packen der Zigarren geht ähnlich rasch vor sich wie beim Rauchtabak.

Am interessantesten ist die Zigarettenfabrikation. Da der Bedarf an Zigaretten im Vergleich zur schon halb „überlebten" Zigarre ein enormer ist, kommt hier nur die Massenproduktion mit Hilfe von Maschinen in Frage. Während zwei Arbeiterinnen täglich nur 500, in der Woche also 3000 Zigarren erzeugen können, wirft eine einzige, von etwa vier Personen bediente Zigarettenmaschine täglich hunderttausend heraus. Bevor jedoch es so weit kommt, wird der vorher zubereitete Rohtabak von Maschinen fein geschnitten. Man erinnert sich hiebei unwillkürlich an das Schneiden der Suppennudeln daheim. Jede Schneidemaschine liefert den Tabak für eine gewisse Zigarettensorte. Am schönsten und wohlriechendsten ist der für die „Legie" bestimmte goldfarbene Tabak, dann folgt jener für die Egyptische, weiters der für die Sportzigaretten, an Qualität schon recht minder und zum Schluß kommt der „Mist" für die „edlen" Joras.

Die Zigarettenmaschinen sind äußerst kompliziert gebaut. Ihr Prinzip besteht darin, daß auf einen endlosen schmalen Streifen Papier der gleichmäßig verteilte Tabak herabrieselt, worauf das Papier samt seinem Inhalt zusammengebogen und durch eine winzige Vorrichtung vernarbt wird. Die sich so bildende Zigarrettenwurst wird von einem Schneidemesser automatisch zerschnitten und die vollständig fertigen Zigaretten auf einen Tisch geworfen, wo sie zusammengerafft und sofort in Schächtelchen gefüllt werden. Ein kleiner Druckautomat versieht den Papierstreifen schon vorher mit der nötigen Bezeichnung. Die Neutitscheiner Tabakfabrik hat seit einiger Zeit eine Zigarettenmaschine neuester Konstruktion im Gange, die ihre Abkunft durch eine deutsche Aufschrift nicht verleugnet. Sie ist ein Wunderwerk modernster Technik und arbeitet mit größter Genauigkeit. Ihre Leistungsfähigkeit ist doppelt so groß wie die der älteren Zigarettenmaschinen: eine volle Million Glimmstengel vermag sie in einer Woche herzustellen. Diese Maschine klebt die Zigaretten, was den Vorteil hat, daß der Tabak der Zigarette weniger fest zusammengepreßt ist wie bei den anderen Zigaretten. Das Verpacken der Zigaretten besorgen meist Arbeiterinnen, doch existiert auch eine Packmaschine, die jedoch nach der Behauptung unseres sachverständigen Führers zu jenen wenigen Maschinen gehört, die sich wegen der zu vielen Bedienungskräfte nicht rentiert. Das heißt also soviel, daß menschliche Arbeit noch immer billiger kommt. Die Zigarettenschachteln werden in der Fabrik selbst erzeugt— Maschinen stanzen die Formen, die von flinken Händen zusammengeklebt werden.

Am aller unangenehmsten ist die Erzeugung von Schnupftabak. Es handelt sich um eine Neueinführung, die sich überraschender Weise sehr gut eingelebt hat. Viele, viele Zentner Schnupftabak werden bereits hergestellt. Zu diesem Behufe wird der Tabak durch hohe Hitze klapperdürr getrocknet und dann genau so vermahlen, wie es mit Korn oder Weizen geschieht. Der dabei sich entwickelnde feine Staub kratzt derart in den Luftröhren, daß man schleunigst wieder Reißaus nimmt. Die bei der Tabakmüllerei beschäftigten

Arbeiter bleiben — auf wielange — ruhig in dieser entsetzlichen Atmosphäre. Der gemahlene Tabak wird hierauf durch Zusatz ätherischer Oele (Rosenöl z. B.) parfümiert und ist nach erfolgter Verpackung versandfertig. Durch eine Prise überzeugen wir uns, daß er „genießbar" ist.

Nachdem wir stundenlang die Betriebsräume der Fabrik, treppauf, treppab gewandert sind, statten wir zum Schluß der Kinderkrippe einen Besuch ab. Einige Frauen warten hier die kleinen Kinder, deren Mütter verdammt sind, sich in der Tabakfabrik ein Stück Brot zu verdienen. Mindestens zwölfhundert Frauen und Mädchen stehen da im Frondienst — noch mehr drängen sich heran, aber die Geschäfte gehen, wie schon angedeutet, nicht zum besten. In den großen Magazinen lagern Millionen und aber Millionen von Zigarren, Zigaretten und Päckchen Rauchtabak. Manchem Raucher gingen bei der Betrachtung dieser Riesenvorräte die Augen über. Auf die Frage an meine mich begleitenden Parteifreunde, wie es mit der Organisation in der Tabakfabrik aussehe, erhalte ich eine zufriedenstellende Antwort. Und schmunzelnd fügen sie hinzu, die Fabrik sei ihr — Tageblatt. Wenn sie rasch etwas bekannt machen wollten, brauchten sie nur die Leute in der Tabakfabrik zu verständigen. Am selben Tage weiß es die ganze „Welt", besonders, wenn die Verständigung unter dem Siegel der Verschwiegenheit geschah. O, diese Weiberleut! Aber still, es sind recht brave und wackere Kämpferinnen, die mitwirken am Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung.

Josef Schweichhardt.

Telegramme.

Ein kommunistischer Parteitag ausgehoben.

In Bayern dürfen nur monarchistische und Hakenkreuzler-Konventikel tagen!

München, 26. Mai. (Wolff.) Wie eine Korrespondenzmeldung besagt, hat die Polizei eine Versammlung von Kommunisten überrascht und die Teilnehmer festgenommen. Es waren insgesamt 62 Personen anwesend, von denen 5 ihren Wohnsitz außerhalb Bayerns und 36 ihren Wohnsitz außerhalb Münchens haben, die übrigen 21 sind Münchner. Aus dem vorgefundenen und beschlagnahmten Material geht hervor, daß es sich um einen kommunistischen Parteitag handelt. (Schrecklich!) Unter den Verhafteten befanden sich drei Landtags- und zwei Reichstagsabgeordnete.

Der Anschlag auf General Seeckt.

Berlin, 26. Mai. (Eigenbericht.) Vor dem Schwurgerichte begann heute der Prozeß gegen die beiden politischen Attentäter Thormann und Grendel, die am 15. Jänner General von Seeckt, den Chef der Heeresleitung und damaligen Inhaber der vollziehenden Gewalt, durch einen gedungenen Meuchelmörder beseitigen lassen wollten. Der Angeklagte Thormann, der seinerzeit der nationalsozialistischen Partei angehört hat und Mitglied der Brigade Ehrhard war, sucht im Laufe seiner Aussagen vor Gericht die ganze Angelegenheit so darzustellen, als ob er sich auf den Mordplan nur eingelassen hätte, um den Berliner Sekretär der völkischen Freiheitspartei, Tettenborn, als Mittäter zu entlarven. Der zweite Angeklagte tut auch so, als ob er in diese Angelegenheit nur zufällig verwickelt worden sei.

Ein frommer Wunsch des Abgetakelten.

Brüssel, 25. Mai. (Havas.) In einer Unterredung mit dem Pariser Korrespondenten des Blattes „Etoile Belge" sprach Ministerpräsident Poincaré die „Ueberzeugung" aus, daß in der auswärtigen Politik Frankreichs keine Aenderung eintreten werde.

Gemeinderatswahlen in Steiermark.

Sozialdemokratischer Mandatsgewinn in den Industrieorten.

Wien, 26. Mai. (Eigenbericht.) In Steiermark haben gestern in allen Orten Gemeinderatswahlen stattgefunden, bei denen die bürgerlichen Parteien mit einer Einheitsliste gegen die Sozialdemokraten aufmarschierten. Trotzdem haben aber die Sozialdemokraten nahezu überall nicht nur ihre Positionen behauptet, sondern auch in vielen Orten ansehnliche Mandatsgewinne erzielt. In Graz waren im früheren Gemeinderat 28 Bürgerliche (Christlichsoziale und Großdeutsche) und 20 Sozialdemokraten. Diesmal haben die Sozialdemokraten der bürgerlichen Einheitsliste zwei Mandate abgenommen und außerdem haben die Großdeutschen noch vier weitere Mandate, und zwar zwei an die Nationalsozialisten und zwei an eine kleinbürgerliche Gruppe, verloren. Die Sozialdemokraten haben jetzt 22 Mandate und die Christlichsozialen und die Großdeutschen zusammen ebenfalls 22 Mandate. Während bei den Wahlen in den Nationalrat die Christlichsozialen und Großdeutschen 7000 Stimmen mehr hatten als die Sozialdemokraten, sind sie jetzt nur noch um 700 Stimmen vor. Auch aus zahlreichen anderen Orten, namentlich aus ländlichen, wird gemeldet, daß die Sozialdemokraten Mandate gewonnen haben. In einzelnen Orten haben sie allerdings auch einige Mandate eingebüßt, es handelt sich dabei jedochimmer nur um rein lokale Ursachen.

Lohnkampf im österreichischen Bergbau.

Salzburg, 26. Mai. (WB.) Die Mitterberger Kupfer A.-G. hat der gesamten Belegschaft ihrer Betriebe in Mühlbach bei Bischofshofen gekündigt und wird den Betrieb am 7. Juni stillegen. Der Grund für diese Maßnahme soll in Lohndifferenzen liegen, die bereits durch zwei Monate andauern. Der Bergarbeiterverband hat die Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung erhoben, die nicht bewilligt wurde. Von der Stillegung sind über 500 Arbeiter betroffen.

Die große Streikbewegung in Irland.

Dublin, 25. Mai. Polizei und Militär besetzten heute das Hauptquartier des Streikkomitees der streikenden Gasarbeiter. Ueber 40 Personen wurden verhaftet.

Um ihre Gehaltsforderungen durchzusetzen, haben die Büro- und Verwaltungsbeamten sämtlicher irischer Eisenbahnen beschlossen, die Arbeit am 5. Juni um Mitternacht niederzulegen.

Das schwedische Oberhaus gegen das Unterhaus.

Ein Konflikt wegen des Abbaues des Militarismus.

Stockholm, 25. Mai. Nach zweitägiger Aussprache haben die beiden Kammern des schwedischen Reichstages über die Wehrvorlage und die Anträge der verschiedenen Parteien abgestimmt. Die Erste Kammer hat mit 75 gegen 62 den Vorschlag der Rechten angenommen. Die Zweite Kammer stimmte mit 126 gegen 76 bei 23 Stimmenthaltungen einem Antrage der Sozialdemokraten zu. Da man nicht mit der Möglichkeit rechnet, daß die beiden Kammern sich auf einer mittleren Linie einigen werden, dürfte die Wehrvorlage im Laufe der diesjährigen Tagung nicht verabschiedet werden.

Monarchie oder Republik SHS?

Aufrollen der jugoslawischen Verfassungsfrage.

Belgrad, 26. Mai. Der Vizepräsident der kroatischen republikanischen Bauernpartei, Macek, erklärte einem Mitarbeiter der „Politika", daß die Monarchie sich durch die neuerliche Belassung des Kabinettes Pašič im Amte für Pašič entschieden habe. Nun sei die wichtigste Frage: Monarchie oder Republik? Zwischen den Serben und den Kroaten werde es, wie es scheint, nur mehr dann zum Einvernehmen kommen können, wenn vorerst eine Verständigung über die Frage „Monarchie oder Republik" erzielt sein wird.

•

Belgrad, 26. Mai. Heute vormittag trat die Skupschtina wieder zusammen. Nach längeren, teils sehr erregten Auseinandersetzungen beschließt die Skupschtina, daß auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung an erster Stelle die Verifikation der kroatischen Abgeordnetenmandate gesetzt werde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

NewYork	100 Kč	. . . . .	Dollar 2.94.50
Zürich	100 „	. . . . .	Schweiz. Frank 16.70.00
Berlin	1 „	. . . . .	Mark 1250.00,000.000'00
Wien	1 „	. . . . .	österr. Kronen 2.098.00

Prager Kurse am 26. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1275'50	1281.50
1 Billion Mark . . .	8.08'00	8'28'00
100 belg. Franks . . .	164.25'00	165.75'00
100 schweiz. Frank . .	603.25'00	606.25.00
1 Pfund Sterling . .	147.80'00	149.20'00
100 Lire	154.12'50	155.62.50
1 Dollar	33.95'00	34.25'00
100 franz. Franks . .	191.25'00	192.75'00
100 Dinar	42.55'00	43.05'00
10.000 magyar. Kronen	3.30.00	4'30'00
1.000.000 poln. Mark .	6.67'00	6.73'00
10.000 österr. Kronen .	4.79'50	4.99.50

Tages-Neuigkeiten.

Der Arbeitslose.

Ich höre die Räder treiben,
Die Kolbenstangen geh'n,
Und muß durch die Fensterscheiben
Das Werk im Gange seh'n.
Ich kenne sein Getriebe
Und jeden Griff genau,
Und meine ganze Liebe
Gehört dem Eisenbau.
Und kann mich doch nicht rühren,
Nicht regen, wie ich will:
Denn vor geschloss'nen Türen
Stand ich vor Kummer still.

„Fünfhundert Mann entlassen!"
So hieß es — Arbeitsnot —
Wir standen auf den Straßen
Und waren ohne Brot
Und waren ohne Hoffen.
Die Arme stark wie eh',
Doch keins der Tore offen.
Und bald droh'n Eis und Schnee —
Ich höre die Räder treiben,
Die Kolbenstangen geh'n . . .
Wo werde ich verbleiben? — — —
Wer hört mein stummes Fleh'n? . . .

Leo Heller.

Radio-Lied.

Von Emil Pein.

Stell' auf das Dach die schwankende Antenne,
auch den Empfänger trage flugs herbei,
und laß uns lauschen, vielgeliebter Männe,
etwas von Liebe und des Lebens Mai.

Hast du geschaltet auch die richt'ge Länge?
Es klingt entsetzlich! Männe mach'n Punkt,
ich möcht' nur wissen, was uns stört die Klänge,
und welcher Esel uns dazwischenfunkt!

Der Todesstrahl.

Eine Erfindung, die Kriege unmöglich machen, Flugzeuge zur Landung zwingen, Gegenstände in Brand stecken, Lebewesen töten und Menschen lähmen soll.

London, 25. Mai. (AR.) Die Entdeckung Grindell Matthews, von welcher er selbst erklärt, daß durch sie Aeroplane zur Landung gezwungen, verschiedene Gegenstände auf eine beträchtliche Entfernung im Brand gesteckt, Lebewesen getötet und Menschen gelähmt werden können, wird morgen von wissenschaftlichen Autoritäten im Luftschiffahrtsministerium geprüft werden. Diese Entdeckung ist als „Todesstrahlen" bezeichnet worden; Matthews lehnt jedoch diese Bezeichnung ab. Er erklärt, die Wichtigkeit seiner Entdeckung beruhe darin, daß sie die Möglichkeit, Kriege unmöglich zu machen, biete.

Der Lektor der Elektro-Mechanik an der Universität in Sheffield, Dr. Wall, erklärte, daß auch er einen ähnlichen Strahl entdeckt habe. Bis zum gegenwärtigen Momente habe er zwar mit demselben keine größeren Versuche unternommen, behauptet aber, der Strahl biete unbeschränkte Möglichkeiten, insbesondere bei chirurgischen und überhaupt ärztlichen Operationen. Der Entdecker ließ sich seine Entdeckung bereits patentieren und arbeitet nunmehr weiter an deren Vervollkommnung.

Ein dunkles Sittenbild enthüllt der „28. Kijen". Er erzählt u. a., daß dieser Tage Gendarmen aus Kojetein in Mähren nach Kremsier kamen, um dort schreckliche Fälle von Unzucht, Kuppelei und Blutschande zu untersuchen. In Kojetein wurden die Schulerinnen Kroutil und Talas in einem Gasthause von Gendarmen angehalten. Nach längerem Leugnen bekannten sie, sie seien nach Kojetein gekommen, um hier „etwas zu verdienen". Die Kroutil gestand, daß sie vom Vater einigemale mißbraucht worden war, wofür sie jedesmal zwei Kronen bekommen hat. Dann durfte sie ins Kino gehen. Ihr 44 Jahre alter Vater gab die Angaben seiner Tochter zu. Die Kroutil ist dreizehn Jahre alt. Ihr Vater gab ihr „Unterricht", worauf sie sich freiwillig der Prostitution ergab. So besuchte sie auch einen älteren verheirateten Schneider, der, zur Verantwortung gezogen, die Besuche der Kroutil zugab und überdies überführt wurde, in seiner Wohnung wiederholt Besuche von Schülerinnen empfangen zu haben, mit denen er geschlechtlich verkehrte, wofür er ihnen immer zwei Kronen, manchmal auch Zuckerbäckerei gegeben hat. Schließlich gestand die Kroutil, daß sie auch den Hanak in Kremsier in seiner Wohnung besuchte und sich ihm für Geld hingab. Kroutil, Hanak und Trlica wurden dem Bezirksgerichte in Kremsier überstellt. Die Schülerin Talas ist ebenfalls dreizehn Jahre alt. Sie gestand, sich freiwillig für Geld älteren Männern und Studenten, seit ihrem elften Lebensjahr, hingegeben zu haben. Sie sei darin von der Kroutil unterwiesen worden, die von ihrem Vater unterrichtet worden sei. Mit ihrer Mitschülerin Prikryl hätten sie, wenn sie hiezu aufgefordert wurden, mit jedermann in Kremsier verkehrt. Die Prikryl suchte die Männer aus und sandte dann zu ihnen die Talas oder die Kroutil. Sie selbst habe „schon davon genug", wie sie erklärte. Als es ihnen in Kremsier nicht mehr so gut ging, unternahmen sie „Geschäftsreisen" in andere Städte. Diese Affäre, die ein erschreckendes Bild für die Verwahrlosung der Jugend darstellt, wird vor dem Schwurgericht in Ung.-Hradisch enden.

Das Kesseltreiben gegen die Siedlungsgenossenschaft der Preßburger deutschen Arbeiter. Aus Preßburg wird uns geschrieben: Die Siedlungsgenossenschaft unserer Preßburger Genossen, die den Bau von Häusern in der Nähe der Danubiuswerke projektierte, hat den dazu notwendigen Grund durch die Stadtgemeinde unentgeltlich erhalten. Es muß bemerkt werden, daß das Ansuchen der Genossenschaft in allen zuständigen Kommissionen durchberaten wurde, und daß die Ueberlassung der Grundstücke an die Genossenschaft einstimmig erfolgte. Die Grundmauern der Siedlungsbauten sollen aus Beton fertiggestellt werden, wozu auf dem Terrain das notwendige Sand- und Schottermaterial in natura vorhanden ist. Wie ein Blitzschlag aus dem heiteren Himmel wirkte daher eine Mitteilung, daß das Obernotariat den unerwarteten Beschluß faßte, die Bauarbeiten der Siedler sofort einstellen zu lassen. Motiviert wurde dieser Beschluß des Obernotariats mit einem Bericht des städtischen Ingenieuramtes, laut welchem das Terrain der Ausführung des Projektes nicht entspricht, weil es die Gesundheit der Bewohner gefährden würde. In dem Bericht wurde auch angeführt, daß das Bauterrain bei einem Hochwasser der Donau durch Grundwasser gefährdet erscheint, außerdem aber würden der Stadtgemeinde große Unkosten erwachsen, weil sie das Wasser des Ausflußkanales, welcher in der Siedlung angelegt ist, zeitweise ununterbrochen auspumpen müßte. Dagegen muß konstatiert werden, daß der Bericht des Ingenieuramtes mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Die Siedler erklärten, daß sie erst nach vier Meter Tiefe auf Grundwasser gestoßen waren. Außerdem konstatierte der Stadtrat, daß das Bauland hügelig ist. Ein Ausflug des Stadtrates endete mit dem Resultate, daß die Siedlung gesundheitlich nicht gefährdet ist, auch hat sich erwiesen, daß der zitierte Ausflußkanal durchaus nicht als so unhygienisch erscheint, wie angeführt wurde. Anfangs meinte man, daß die Genossenschaft zusammenbrechen werde, da aber das von den Gegnern unserer Bewegung Ersehnte nicht eintreffen will, ja da sogar der tägliche Fortschritt sichtbar wird, ist es nur selbstverständlich, daß man den Zusammenbruch künstlich herbeizuführen versucht. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. . . . So kommen eben einige bürgerliche Stadträte auf den Gedanken, daß das Gelände in der Fuchsau aus gesundheitlichen und bautechnischen Gründen für Wohnzwecke nicht geeignet ist, denn sie haben den Wunsch, daß die Siedlerbewegung ersticke. Wir werden uns zu schützen verstehen. Wer sich der Siedlerbewegung entgegenstellt, nimmt den Kampf mit dem größten Teil der Bevölkerung Preßburgs auf.

Der Benzinprozeß schon wieder verschoben! „Pester" schreibt: Es scheint, daß der vorläufig festgesetzte Termin des Prozesses über die Benzinaffäre wird in die Ferne gerückt werden müssen. Der Prozeß dürfte nicht acht, sondern mehr als 14 Tage dauern. Auch der Prozeß beim Divisionsgericht, der auf den 16. Juni bestimmt ist, dürfte auf eine spätere Zeit verlagt werden.

Den Waffenübungspflichtigen gebührt gemäß § 1154 b u. b. G. B. auch in diesem Jahre das Entgelt. Die Kreisgewerkschaftskommission Karlsbad teilt mit: Durch die Regierungsverordnung vom 29. Feber 1924 wurde in letzter Zeit unter Bezugnahme auf den Paragraph 2 unter den Arbeitern und Angestellten, welche im heurigen Jahre ihre Waffenübung zu leisten haben, bewußt oder unbewußt eine falsche Gesetzesauslegung herbeigeführt. Man behauptet, es gebühre den Betroffenen bis zur Dauer von einer Woche, oder nach den Bestimmungen des Handlungsgehilfengesetzes für länger kein Entgelt. Es sei daher an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß ausnahmslos allen Einrückenden, welche zur Zeit ihrer Einrückung in Arbeit stehen, das Entgelt im vollen Ausmaße der gesetzlichen Bestimmungen gebührt. Der Paragraph 2 der genannten Verordnung lautet:

„Für die Zeit, während welcher der Dienstnehmer infolge der militärischen Dienstleistung an der Erfüllung seiner Dienstesverpflichtungen verhindert ist, gebührt ihm, wenn durch die Rechtsvorschriften oder durch Vertrag nichts anderes bestimmt ist, kein Entgelt."

Auf Grund der letzten zwei Worte vermeinen Unternehmungen den Anspruchsberechtigten das Entgelt verweigern zu können und auch die Anspruchstellenden lassen sich täuschen und glauben, kein Entgelt fordern zu dürfen. Diese Auffassung ist eine irrige. Es heißt ausdrücklich, es gebührt dann kein Entgelt, „wenn durch die Rechtsvorschriften oder durch Vertrag nichts anderes bestimmt ist". Der Paragraph 1154 b ist aber eine solche Rechtsvorschrift, welche durch die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1916, R.-G.-Bl. Nr. 69, gegeben wurde und durch das Gesetz vom 1. April 1921, S. d. G. u. V. Nr. 155, für unabdingbar erklärt wird. Es kann daher rechtsmäßig kein Einrückender auf sein Entgelt verzichten und es darf ihm auch kein Unternehmer dasselbe über Verlangen vorenthalten. Die Ursache, warum die für die Oeffentlichkeit irreführende Weisung im Paragraph 2 der genannten Verordnung Aufnahme fand, wissen wir nicht, aber tatsächlich ist, daß eine Regierungsverordnung Rechte, die durch bestehende Gesetze gegeben werden, nicht schmälern kann. Auch im Sinne des Paragraph 6 und 7 a. b. G. B. darf eine Rechtsvorschrift zugunsten der Betroffenen in ihrer Auswirkung auf das öffentliche Leben nicht zu ihrem Nachteil angewendet werden. Wir fordern daher alle Einrückenden auf, ihr Entgelt bei ihrem Unternehmer einzufordern und im Weigerungsfalle den Klageweg zu betreten, weil sie unter allen Umständen das gesetzlich vorgesehene Entgelt erhalten müssen. Sofern Einrückende diese Ansprüche noch nicht gestellt hätten, weil sie der Meinung waren, auf Grund der genannten Regierungsverordnung ein solches nicht verlangen zu können, sei aufmerksam gemacht, daß auch nachträglich noch dieser Anspruch geltend gemacht werden kann und befriedigt werden muß, wenn die Verjährungsfrist von sechs Monaten vom Tage der Einrückung zur Waffenübung an nicht überschritten ist.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Zu der von uns unter diesem Titel in der Nummer vom 22. Mai gemeldeten in Schreckenstein auf einen Schleppdampfer erfolgten Kesselexplosion wird uns mitgeteilt, daß der fragliche Dampfer nicht wie von uns gemeldet der Firma Lanna, sondern der Firma Rejedly, Rzehak und Co. gehört.

Klassenlotterieziehung. Bei der Ziehung der 5. Klasse der 10 tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden die Grundzahlen 03 und 94 gezogen. 30.000 K gewann: 200.694; 20.000 K gewann: 137.494; je 10.000 K gewannen: 11.603 205.994; je 5000 K gewannen: 46.894 56.194 123.994 152.803 174.503 183.403 197.994; je 2000 K gewannen: 7094 9703 10.103 19.294 26.503 28.503 35.303 37.694 39.103 42.603 82.694 100.003 104.894 108.094 109.103 127.494 145.594 154.794 174.894 175.603 189.594 190.594.

Rektorswahl an der deutschen Universität. Bei der gestern nachmittags stattgefundenen Wahl eines Rektors der deutschen Universität in Prag für das künftige Studienjahr wurde der Professor der Pastoraltheologie Dr. Josef Jatsch zum Rektor gewählt.

Die Werkmeisterschulen für das Baugewerbe. Der Verein der deutschen Lehrer und Lehrerinnen an gewerblichen Staatslehranstalten (Reichenberg) schreibt uns: Die wiedererwachende und stetig zunehmende Tätigkeit im Baugewerbe macht es nötig, die Oeffentlichkeit auf obgenannte Anstalten aufmerksam zu machen, in welchen den Gehilfen des Baugewerbes Gelegenheit gegeben wird, sich jene Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, welche ihnen später höhere Erwerbsmöglichkeiten sichern. Solche Werkmeisterschulen für das Baugewerbe bestehen bei den Staatsgewerbeschulen in Reichenberg, Pilsen, Brünn, Tetschen a. E. Sie umfassen zwei Jahrgänge und haben die Aufgabe, fachlich gut ausgebildete praktische Kräfte zur Führung von Bauten, sogenannte Bauleiter, gegebenenfalls auch Kanzleihilfskräfte heranzubilden und endlich auch die nötige Vorbereitung zur Ablegung der Meisterprüfung zu geben. Für den Eintritt in den ersten Jahrgang wird gefordert: 1. das zurückgelegte 17. Lebensjahr, 2. die Absolvierung einer dreiklassigen Bürgerschule oder einer gleichwertigen Schule mit mindestens genügendem Erfolge in allen Pflichtgegenständen; 3. der Lehr- oder Gesellenbrief. Durch die an den Schulen bestehenden Schülerunterstützungsvereine können mittellose und würdige Schüler durch Geldbeiträge, Schulbücher und andere Lehrbehelfe unterstützt werden. Außerdem kommen Staats- und Privatstipendien zur Verteilung. Nähere Auskünfte erteilen die Direktionen. Anmeldetermin: Bis 1. Juli 1924. Es wird Sache der deutschen Bevölkerung sein, diesem wichtigen, in besonderem Maße der breiten Allgemeinheit der wirtschaftlich schwächeren Schichten dienenden Zweige unseres gewerblichen Schulwesens besondere Beachtung zuzuwenden. Insbesondere könnten die Organisationen der Arbeitnehmer segensreich wirken durch Unterstützung der Schüler, damit einer entsprechend großen Zahl junger Männer die Vorteile dieser Ausbildung zuteil werden können.

Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. Bei dem in der Zeit vom 16. bis 19. Mai stattgefundenen Vertretertag wurden in den Hauptausschuß als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Genossen und Genossinnen Anton Schäfer, Reichenberg, Hofmann, Tannwald, Fany Blatny, Fischern, und Ella Heller, Teplitz, in den Vorstand Genosse Hofmann, Tannwald und die Genossinnen Fany Blatny, und Ella Heller gewählt. Als Vertreter des Reichsverbandes deutscher Krankenkassen wurde in den Vorstand und Hauptausschuß Genosse Wenzel Bösmüller aus Gablonz entsendet.

Unsere Toten. Donnerstag den 22. Mai verschied in Bischofteinitz, von einem Herzschlage gerührt, Genossin Emilie Mitzner. Mit ihr verliert nicht nur Genosse Mitzner seine Gattin, sondern auch die Bezirksorganisation Ronsperg eine ihrer besten Kämpferinnen. Genossin Mitzner war auch die Vorkämpferin der Genossenschaftsbewegung im Ronsperger Gebiete. Die Arbeiterschaft wird der Verstorbenen ein treues Gedenken bewahren!

Masaryk auf der Rückreise. Präsident Masaryk ist am 24. Mai aus Taormina in Syrakus eingetroffen und hat sich auf dem Dampfer „Hesperia" in Begleitung des Ministers Dr. Beneš nach Gemua eingeschifft.

Eine Leiche gestohlen. In einem Dorfe bei Subotice veranstaltete ein reicher Agrarier ein Gastmahl für seine Freunde. Alle waren — so erzählt der agrarische „Beder" — sehr fröhlich, die Musik spielte, der Wein floß. Gegen Mitternacht starb plötzlich die Schwiegermutter des Hausherrn, die in seinem Hause lebte. Da er nicht wollte, daß seine Gäste davon erfahren, trug er die Leiche auf den Hof und verbarg sie daselbst in einem großen Faß. Als die Gäste gegen Morgen das Haus verließen, begab sich der Landwirt auf den Hof, um die Leiche ins Haus zu holen. Wie groß war aber seine Ueberraschung, als er feststellte, daß das Faß samt der Leiche verschwunden war. Diebe hatten sich in der Nacht in den Hof eingeschlichen und das Faß, in dem sie wohl Fleisch vermuteten, weggetragen.

Keine Anstellungsmöglichkeit für Lehrer der Naturgeschichte. Wir erhalten folgende Mitteilung: „Der akademische Verein deutscher Naturhistoriker hielt eine Vollversammlung ab, die sich mit der Frage der Stellenlosigkeit und der Anstellungsmöglichkeiten an Mittelschulen beschäftigte. Auf Grund statistischer Feststellungen bestehen für die nächsten Jahre keine Anstellungsmöglichkeiten für das Lehramt aus Naturgeschichte, Chemie, sowie Mathematik und Physik als Nebenfächer. 163 besetzten Stellen für das Fach Naturgeschichte an 140 Mittelschulen stehen 70 Studierende gegenüber, die innerhalb von 5 Jahren geprüft sind. Hiezu kommt noch, daß es schon zwölf Geprüfte ohne Anstellung gibt. Wir warnen daher alle Abiturienten, die beabsichtigen, Naturgeschichte für das Lehramt zu studieren, dringendst davor, dieses Studium zu ergreifen, da sie sich einer unausbleiblichen Stellenlosigkeit aussetzen würden."

Verurteilte Attentäter, die den Horthy nicht erreichten. Vor dem Budapester Strafgerichtshof wurde Montag der Prozeß gegen den 23jährigen Eisendreher Sztaron wegen eines geplanten Attentates gegen den Reichsverweser durchgeführt. Sztaron erklärte bei seiner Einvernahme, daß er sein Vorhaben, den Reichsverweser zu ermorden, unbedingt ausführen werde, falls er seine Freiheit wieder erlange. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Jahren Zuchthaus und die beiden Mitangeklagten, die von der Absicht Sztarons Kenntnis hatten, ohne eine Anzeige zu erstatten, zu je drei Monaten Gefängnis, das durch die Untersuchungshaft als verbüßt erscheint.

Eine Aerztetagung des Reichsverbandes der deutschen Aerztevereine in der Tschechoslowakischen Republik findet in Brünn, „Deutsches Haus, am 1. Juni 1924 statt. Eine Delegiertenversammlung findet am 1. Juni 1924 um halb 10 Uhr vormittags im „Deutschen Haus" statt. Auf der Tagesordnung befindet sich der Bericht des Vorsitzenden, die Genehmigung des Tätigkeitsberichtes, die Genehmigung des Kassaberichtes, die Bestimmung des Jahresbeitrages, die Wahlen des Vorstandes, die Kassenverträge (Dr. Ringelhan, Dr. Guth), die „Aerztlichen Nachrichten" (Prof. Starkenstein, Dr. Schöppe), die Besprechung der Lage und Freie Anträge. — Die zweite Hauptversammlung des Reichsverbandes findet am 1. Juni, 3 Uhr nachmittag im „Deutschen Hause" statt. Auf der Tagesordnung stehen die Verlesung der Verhandlungsschrift der letzten Hauptversammlung, der Bericht des Vorsitzenden, die Sozialversicherung (Dr. Holitscher), die Aerzteversicherung (Prim. Dr. Hager), die Verstaatlichung der Sanitätspolizei (Dr. Füger) und Freie Anträge.

Was ein Sowjetbeamter wissen muß. Nach einem Bericht der „Iswestija" hat Trotzki bei einer Ansprache, die er in der Generalstabsakademie hielt, genau angegeben, welche Fähigkeiten ein richtiger Beamter der Sowjetregierung haben muß. Wie in jeder Hinsicht ist er darin nicht gerade anspruchslos und verlangt, besonders von den im Außendienst tätigen Vertretern, folgendes: „Eine genaue Kenntnis der Sprache der östlichen Länder, für die die Beamten bestimmt sein werden; eine genaue Kenntnis der westlichen Länder, mit denen sie in Beziehungen treten; eine Kenntnis der marxistischen Regeln über die Unterstützung des Klassenkampfes zu dem Zwecke der Hervorbringung von Revolutionen; endlich die Fähigkeit, einen unorganisierten Aufstand des Proletariates auf eine militärische Grundlage zu stellen." Man sieht also, daß es keine leichten Aufgaben sind, die die Sowjetvertreter noch „so nebenbei" in den Ländern, in denen sie tätig sind, zu erfüllen haben.

Ein erfolgreicher Heiratsschwindler. Großen „Erfolg" hatte ein Heiratsschwindler in Berlin, der auch in vielen anderen Städten aufgetreten ist. Es gelang ihm stets, auf heiratslustige Damen den besten Eindruck zu machen. So näherte er sich der Witwe eines Chemikers, der er sich als Direktor Cremer der Weinvertriebsaktiengesellschaft in Schwabach vorstellte. Er machte ihr einen Heiratsantrag, der angenommen wurde. Direktor Cremer ließ durchblicken, daß auch seine Aktiengesellschaft unter der allgemeinen Kreditnot zu leiden habe. Nicht etwa, daß sie sich nicht halten könnte. Davon keine Rede sein, aber es sei gnade, daß eine Geldknappheit eine Ausdehnung des Unternehmens augenblicklich verhindere. Diese Darstellungen und große Gewinnaussichten bei einer Vergrößerung des Betriebes veranlaßten die Witwe, ihrem Bräutigam 100.000 Goldmark anzuvertrauen, um sie in die Gesellschaft hineinzustecken. Aber damit noch nicht genug. „Direktor Cremer" bewog sie auch noch ihr Tafelsilber und ihre Schmucksachen dazuzugeben. Endlich suchte er noch einen Käufer für das Laboratorium des verstorbenen Chemikers, das 80.000 Goldmark bringe sollte, und fand auch einen. Diesem kam die Sache aber nicht ganz geheuer vor, und nun schöpfte auch die Witwe Verdacht. „Direktor Cremer" war unterdessen angeblich „in Geschäften" nach Schwabach verreist und ließ nichts von sich hören. Die Witwe wandte sich an die Kriminalpolizei und erfuhr jetzt zu ihrem Schrecken, daß ein gewerbsmäßiger der Kriminalpolizei schon länger bekannter „Heiratsschwindler und Hochstapler", ein 37 alter Schornsteinfeger Hermann Cremer sei, der in anderen Städten unter den verschiedensten Namen ähnliche Schwindeleien verübt hatte und wegen Betruges mehrfach vorbestraft ist. Cremer ist verheiratet. Seine Frau und drei Kinder leben in der Schweiz. Die Berliner Kriminalpolizei ermittelte außerdem seine Berliner Geliebte und beschlagnahmte bei ihr verschiedene Briefschaften. Aus ihnen geht hervor, daß der Schwindler sich nach Brückenberg im Riesengebirge gewandt hat, um von dort über die tschechische Grenze zu entkommen.

Mord an einer Fünfzehnjährigen. In bestialischer Weise wurde am Sonntag Vormittag in einem Fabrikskeller in Leipzig eine fünfzehn Jahre alte Arbeiterin Gertrud Leder ermordet. Geraubt wurde ein goldener Ring und eine 14karätige goldene Damenuhr im Armband. Der Mörder ist ein 35jähriger aus Leipzig gebürtiger Markthelfer Friedrich Otto Krause. Man vermutet, daß er nach Berlin entflohen ist, um dort seine Beute zu verkaufen und unterzutauchen.

Komitatschimord. Aus Athen meldet man: In der türkischen Ansiedlung Kaimakur in Westthrazien ermordeten die Komitatschis nachts 12 Männer und 4 Frauen und verwundeten 4 andere Personen. Das Militär verfolgt die Komitatschis.

Bootsunfall. Aus Budapest meldet man Am Sonntag nachmittags ereignete sich auf der Donau nächst der Altofener Insel ein Bootsunfall. Das zweite Ruderboot des Budapester Ruderklubs „Neptun" kenterte infolge hohen Wellenganges und der Oberbeamte der „Pester Vaterländischen Sparkassa" Georg Kokinek fand in den Wellen den Tod. Seine Leiche konnte bis jetzt nicht geborgen werden.

Wetterbericht. In Böhmen hat es sich im Laufe des Sonntags erheblich abgekühlt, woraufhin Regenwetter eintrat. Im Osten aber, insbesondere in der Slowakei, war es sehr warm und ziemlich heiter. Die Temperatur ergab Sonntag um 14 Uhr folgende Zahlen: Eger 11, Prag 13, Olmütz 21, Preßburg 26 Grad Celsius. Die größten Niederschlagsmengen melden bisher Prag mit 18 Millimeter und Prerau mit 12 Millimeter Wasserwert. Montag herrscht in Böhmen vorwiegend Regenwetter, der Osten hat geringe Bewölkung und keine Niederschläge. Wahrscheinliches Wetter Dienstag, den 27. Mai: Vom Westen vorübergehende Besserung.

Volkswirtschaft.

Solidarität — wenn man sie braucht.

In dem in Prag erscheinenden „Anzeiger der Beamtenschaft der landwirtschaftlichen Industrie", Nr. 14, ist der Geschäftsbericht des Vereines der Zuckerindustriebeamten für das Jahr 1923 enthalten. In einem „Die Krankenkassefrage" betitelten Abschnitt heißt es in diesem Berichte, daß „die Krankenkassenfrage stets den noch nicht ruhigen Wasserspiegel und die politische Atmosphäre aufwirbelt" und dann wird wörtlich gesagt:

„Es ist klar und einleuchtend, daß wir die Solidarität mit der manuellen Arbeiterschaft in allen Fällen eines Mißbrauches unserer sozialen Erfolge und Errungenschaften durch unverantwortliche Elemente oder im Falle tendenziöser Verschleppung unserer Organisationen in parteipolitisches Fahrwasser aufgeben müssen!

Unsere sozialen Errungenschaften dürfen keineswegs abnehmen!"

Der Bericht verschweigt es wohlweislich, daß es nicht die Beamten waren, die sich aus eigener Kraft die Krankenversicherung erkämpft haben, sondern daß die Arbeiterschaft in jahrelangen erbitterten Kämpfen die Krankenversicherung für alle arbeitenden Menschen geschaffen hat. Die Geschichte der Krankenversicherung wird den Angestellten wohlweislich verschwiegen, um aus der Unkenntnis der Vorgänge und Verhältnisse Kapital schlagen zu können.

Wenn man den Abschnitt über die Krankenkassenfrage gelesen hat, so versteht man es auch, warum es im gleichen Berichte im Abschnitte „Der Achtstundenarbeitstag" wie folgt heißt:

„Die größte und interessanteste Errungenschaft der Nachkriegszeit — die achtstündige Arbeitszeit — ein Erfolg der Washingtoner Konventionen im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes, im Sinne des Friedensvertrages von Versailles, ist dauernd zum Gegenstand internationaler Debatten und Diskussionen geworden."

Die achtstündige Arbeitszeit ist also für den Berichterstatter des Vereines der Zuckerindustriebeamten die größte und interessanteste Errungenschaft der Nachkriegszeit, aber lediglich ein Erfolg der Washingtoner Konventionen; wieder wird nichts davon angedeutet, daß der Achtstundentag eine der ältesten Forderungen des zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariates war, daß die organisierte Arbeiterklasse in jahrzehntelangen erbitterten Kämpfen um den Achtstundentag gerungen hat, und daß, wenn er in den Umsturztagen zur Tat wurde, dies doch nur die Folge der vorangegangenen Kämpfe war. Den Achtstundentag lediglich als einen Erfolg der Washingtoner Konvention hinzustellen — dazu gehört wirklich eine große Unverfrorenheit, zumal, wenn man bedenkt, daß der Achtstundentag in Mitteleuropa schon lange gesetzlich eingeführt war, ehe die Washingtoner Konvention zustandegekommen ist!

Der Herr Berichterstatter muß bei den Mitgliedern des Vereines der Zuckerindustriebeamten wirklich ein sehr großes Maß an Unwissenheit und Unkenntnis voraussetzen, wenn er es wagen kann, ihnen solche Dinge vorzutragen. Dieser Bericht ist wieder einmal ein treffliches Beispiel dafür, auf welche Weise in den bürgerlich orientierten Angestelltenvereinen „Aufklärungsarbeit" geleistet wird. Wenn es aber um Gehalt oder Arbeitszeit im einzelnen geht, dann wird die Solidarität der Arbeiterschaft als ganz selbstverständlich betrachtet.

Vor der Aussperrung in der nordwestböhmischen Metallindustrie?

Im Kampfe in der nordwestböhmischen Metallindustrie ist keine Aenderung eingetreten. Am Donnerstag, den 22. Mai l. J. beschäftigte sich eine Vorstandssitzung des Unternehmerverbandes mit der Kampflage und es wurde beschlossen, am Montag, den 26. Mai in allen Betrieben der Verbandsfirmen Aufrufe an die Arbeiter anschlagen zu lassen, in welchen mitgeteilt werden soll, falls in den bestreikten Betrieben bis Mittwoch die Arbeit nicht aufgenommen wird, am Freitag alle Betriebe geschlossen und die Arbeiter entlassen werden. Außerdem sollen durch Aufrufe die streikenden Arbeiter aufgefordert werden, bis Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Es soll also dem Streike die Aussperrung folgen, doch wird auch diese brutale Maßregel die kämpfenden Arbeiter nicht niederzwingen. Durch die Aussperrung dürften annähernd 8000 Arbeiter in Frage kommen. Am Samstag, den 24. Mai fand eine Aussprache der Leitungen der beiden am Kampf beteiligten Organisationen statt. Es wurde beschlossen, am Montag, den 26. Mai die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um zu untersuchen, ob es nicht möglich sei, die noch bestehenden Differenzen auszugleichen und dadurch eine Erweiterung des Kampfes hintanzuhalten.

Hans.

Von Friedrich Wendel.

„Sie werden doch det Kind nich wechjeben, Beelitzen?" hatte die Portierfrau gesagt, „det Kind wechjeben, nee, det kriegt' ick nich fertig, lieber macht' ick sonst wat!"

Aber was sie sonst zu machen imstande sein könne, blieb ihr Geheimnis. Und so mußte es denn wohl dabei bleiben, daß die Aufwartefrau Boelitz, die ihren Mann im Krieg und zwei Finger der rechten Hand bei der Arbeit in der Munitionsbude verloren hatte, ihr Kind, einen Jungen von acht Jahren, weggeben mußte. Die Adoptiveltern, reiche Leute aus dem Vorderhause, drangen auf baldigen Entschluß.

„Ick könnt' et nicht," bekräftigte die Portiersche noch einmal und strich dem Hans über den Kopf. Der Junge saß über sein Lesebuch gebeugt, die Fäuste an die Wangen gestemmt und blickte nicht auf.

Nachmittags um fünf kam die neue Mutti. Sie brachte einen ganz ganz großen Ball und eine Tafel Sahnenschokolade mit. Sie tat sehr zart, machte Madonnenaugen und sagte diplomatisch: „Nun geht Hansematz ein bißchen mit dem Ball spielen, nicht? Auf die Straße oder die Anlagen nebenan, nicht?"

Hans ging zu seiner Mutter und faßte sie zärtlich um die Knie: „Willst du, daß ich gehen soll, Mutti?"

Die Mutter kämpfte die Tränen hinunter. Sie wollte nicht schwächer erscheinen als ihr Junge und sagte: „Ja, geh' man, Hans!"

Das Kind ging, seine Mutter setzte sich still an den Tisch und wartete auf das, was jetzt kam. Was die Dame sprach, war die bare Vernunft, hundertmal in schlaflosen Nächten und auf müdem Trott durch die Straßen hatte sie es sich selbst gesagt. Daß es nicht mehr möglich war, durchzukommen. Daß die Laufereien zu Behörden und privaten Wohltätern, um da ein paar billige Stiefelchen, und da einen abgelegten Anzug zu bekommen, mehr Zeit wegnahm, als die ganze Geschichte wert war. Daß, wenn sie des Kindes sich entäußere, dieses wenigstens versorgt, und zwar gut versorgt sei. Daß es immer satt zu essen habe und eine gute Erziehung und eine gute Schule bekommen würde. Daß die Adoptiveltern anständige und, wie man hörte, sehr gutherzige Leute seien, bei denen der Hans auch gut aufgehoben sei.

„Sie müssen das alles einsehen, Frau Boelitz. Ich weiß, ich weiß, Sie bringen ein Opfer, o, wir Frauen wissen um solche Opfer, aber bedenken Sie, daß Sie das Opfer für das Kind bringen!"

Sie bedachte es. Und trat ihr Kind ab.

Die Dame fuhr mit dem Spitzentaschentüchelchen über die Augen, drückte ihr die Hand und legte in anmutig aufwallendem Gefühl die schöne Stirn an die eckige Schulter der Aufwartefrau.

„Sind wir doch alle Glieder eines Volkes, wie mein Mann immer sagt, gehören wir doch alle einer großen Familie an. Wir müssen einander helfen! Und nun noch eins, liebe Frau Boelitz: mein Mann, Gott, er denkt an alles, hat Ihnen eine Wohnung in der ... Straße besorgt. Sie verstehen ... es wäre für Sie schmerzlich und für den Hans schmerzlich und uns peinlich, wenn Sie sich dauernd sehen würden. Sie verstehen, liebe Frau Boelitz ..."

Sie verstand. Sie verstand, daß in dem Getriebe dieser dreimal verfluchten Gesellschaft auch eine an sich honorige Regung des Reichen zur verletzenden Tat werden muß.

Sie verstand und muckte nicht.

Erleichtert fuhr die Dame fort: „Und dann noch eins, liebe Frau Boelitz. Mein Mann — Männer sind immer so furchtbar praktisch, nicht wahr —, mein Mann wünscht nicht, daß Sie vorab für die erste Zeit, wissen Sie, sagen wir mal für die: ersten fünf, sechs Jahre den Hans besuchen oder mit ihm in Verbindung treten. Das muß den lieben kleinen Kerl irritieren, nicht wahr doch?"

Sie schluckte auch das.

Die Dame ging.

Hans kam zurück. Die Mutter legte den Arm vor die Augen, und Hans hörte sie stöhnen, tief, tief, aus wundestem Herzen.

Da langte er sein Schulränzel vom Nagel, trat still zur Mutter und sagte: „Laß man, Mutti, laß man ... ach, laß doch, Mutti!"

Sie blickte ihn an und sah sein Bündel.

„Willst'n schon gehen?"

Er schwieg ein kleines Weilchen. Dann: „Ich hab' doch woll jetzt schon eine neue Mama?"

„... es geht nich anders, Hans!"

Und so ging er.

Draußen auf dem Hof war, „zufällig" natürlich, die Portiersche beschäftigt. „Na, wat, Hans Boelitz, wat'n nu?"

„Ich muß es Muttern leicht machen," sagte der Achtjährige, nickte und ging ins Vorderhaus. Sehr ernsthaft, mit ruhigen, ein wenig großen Augen, über denen eine seltsame Stirn stand.

•

Eine Mutter hatte ihr Kind verloren. Ein Kind hatte die erste Herzwunde weg. Die kann vernarben, man stirbt nicht an ihr, das Leben ist anders, als es in schlechten Romanen beschrieben steht. Aber der holde Garten Jugendland, über ihn war der Frost gekommen, und die bunten Blumen waren dahin.

Handelsvertrag mit Litauen.

Am 27. Mai 1924 gelangt im Abgeordnetenhause der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Litauen zur Verhandlung. Die beiden Staaten sichern sich gegenseitig die Meistbegünstigung zu und so wäre der Vertrag an und für sich als neue Bresche in der Mauer des Protektionismus gewiß zu begrüßen, aber — die Tschechoslowakei war im Jahre 1921 an der litauischen Einfuhr mit ganzen 0.09 Prozent beteiligt, und wenn auch der Motivenbericht der Regierung eine steigende Tendenz unseres Handels mit Litauen konstatiert, so kann dem vorliegenden Vertrag ein fühlbarer Einfluß auf unser Wirtschaftsleben nicht zugestanden werden. Aber charakteristisch ist er für die Art wie in unserem Parlamente wirtschaftliche Dinge behandelt werden. Der Vertrag wurde bereits am 7. Juni vorigen Jahres dem Senate vorgelegt. Der Außenausschuß berichtete darüber am 3. Juli, der Handelsausschuß ließ sich bis Dezember Zeit. Die Frucht dieser langen Arbeit waren zwei Berichte, die von dem Motivenbericht der Regierung geradezu abgeschrieben sind. Die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses hatten gar nichts dazu zu sagen. Und doch wäre es interessant gewesen zu erfahren, welchen prozentuellen Anteil am Handel des eigenen Staates und nicht Litauens unser Export dorthin ausmacht und wie sich die steigende Tendenz ziffernmäßig ausdrückt. Ohne diese Grundlagen können boshafte Leute die Redensart vom „konsequenten Fortschritt im Wiederaufbau Europas“ nur zu 0.09 Prozent berechtigt finden.

Für die rasche Gesetzwerdung der Sozialversicherung. Am Freitag fand in Prag eine Konferenz des Verbandes der tschechoslowakischen Krankenkassen statt, in der Gen. Johanis das Referat erstattete. Nach abgeführter Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der unter anderem dagegen protestiert wird, daß die Lehrlinge und Jugendlichen unter 16 Jahren aus der Sozialversicherung ausgeschieden werden. Ebenso wird entschieden gegen die Einführung der freien Aerztewahl Verwahrung eingelegt. Die Konferenz erklärt auch grundsätzlich, daß eine Schlechterstellung der Arbeiterwitwen gegenüber den Witwen der Versicherten anderer Versicherungszweige unannehmbar ist. Schließlich fordert die Konferenz von allen politischen Parteien, dazu beizutragen, daß die Sozialversicherung ehestens Gesetz werde.

Volksbefragung und Diktatur.

Von Josef Hannich-Wien.

Die Hoffnung der Rechtsradikalen haben sich bei der Reichstagswahl in Deutschland bekanntlich nicht erfüllt; die Bäume in dem politischen Gewächshause der Reventlow, der von der Goltz wie von Ludendorff sind nicht in den Himmel gewachsen und es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß dies in absehbarer Zeit geschehen dürfte. Nichtsdestoweniger liegen auch nach der Wahl im Deutschen Reiche die Dinge so, daß von einer Lösung der schwierigen Fragen durch die Nationalversammlung nicht gut die Rede sein kann. Die allerschwierigste Frage ist nach wie vor der Ausgleich mit Frankreich.

Die deutschen Genossen waren immer für eine Wiedergutmachung der durch die deutsche Armee in Frankreich und Belgien angerichteten Schäden, und sie sind es gegenwärtig mehr als zu einer Zeit vorher, damit endlich ein wirklicher Friede zustandekommen möge. Mit ausgeprägten Worten ausgedrückt: Sie sind für die Erfüllungspolitik. Aber eine Erfüllungspolitik ohne eine verläßliche und starke Majorität in der Nationalversammlung ist nicht gut denkbar, und nach dem Ergebnisse der Wahl am 4. Mai kann nur ein in der Wolle gefärbter Optimist auf die Bildung einer derartigen Majorität hoffen. Was bis nun sowohl in der bürgerlichen Presse des Deutschen Reiches sowie der Presse in den anderen Staaten, wo Millionen Deutsche leben, über dieses Kapitel geschrieben worden ist, war wohl mitunter sehr geistreich gehalten, aber in Wirklichkeit war es doch nur eine etwas höhere Art von politischer Kannegießerei. Eine verläßliche Majorität für die Erfüllung der dem Deutschen Reiche zugedachten Pflichten kann aus dem Grunde nicht zustande kommen, weil sich die Parteien während des Wahlkampfes wie auch schon lange vorher derart grundsätzlich festgelegt haben, daß sie auch beim besten Willen gar nicht mehr so weit zurückgehen können, wollen sie sich nicht ihren eigenen Wählern gegenüber als die Fleisch und Bein gewordene Waschlappigkeit entpuppen.

Ein abermaliger Ruf an die Wähler erschien sofort nach dem Bekanntwerden des Wahlresultates vernünftiger Weise als das Wahrscheinlichste; allein durch einen einstimmig gefaßten Beschluß der neugewählten, sozialdemokratischen Abgeordneten, kann diese Wahrscheinlichkeit eine Einschränkung erleiden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die auch in der neugewählten Nationalversammlung noch immer 100 Mann zählen, werden eine Volksbefragung über die Erfüllungspflicht verlangen, weil, wie sie selbst ganz richtig in der Begründung ihres Beschlusses hervorheben, aus der Wahl, in welcher sich nicht weniger als 20 Parteien um Mandate beworben haben, kein aktionsfähiges Parlament herausgekommen sei, ja, eigentlich gar nicht herauskommen konnte.

Das Parlament soll mithin nach der Ansicht unserer deutschen Genossen in der allerwichtigsten Frage, die in Deutschland zu lösen ist, ausgeschaltet werden und das Volk soll selbst darüber entscheiden, ob es die ihm von seinen ehemaligen Feinden in Vorschlag gebrachten Wiedergutmachungspflichten erfüllen wolle oder nicht erfüllen wollte? Der Stier soll also bei den Hörnern angepackt werden. Das ist der gerade entgegengesetzte Weg, den die Rechtsradikalen sowie die Kommunisten propagiert haben. Die Radikalen von Rechts wie die Radikalen von Links wollen das Parlament wohl ebenfalls ausschalten, aber seine Macht einem Diktator übertragen.

Das, was die Sozialdemokraten beschlossen haben, ist, soweit Deutschland in Betracht kommt, der erste Schritt auf dem Wege der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Sofern dieser Schritt in dem großen Deutschen Reiche gelänge, würde er auch in den anderen Staaten Nachahmung finden: denn nicht nur in Deutschland allein liegen die Dinge auf parlamentarischem Gebiete so, daß sich die gewählten Vertreter über höchst wichtige, in das Volksleben tief einschneidende Fragen nicht einigen können; daß infolge dieser Ungeneigtheit der gewählten Vertreter, sich zu einigen, die Fragen ungelöst bleiben und infolgedessen lieber fortgewurstelt wird.

Das Volk sieht wohl in manchen Dingen nicht so klar, wie die gewählten Vertreter; aber es empfindet gesünder als diese und kennt die sogenannten Prestigefragen so viel wie gar nicht, infolgedessen läßt es sich auch viel leichter von einem Unrechte, das ihm zu tun zugemutet wird, überzeugen und sagt Nein! dazu, trotz allen Zuredens der Anwälte des Unrechts. Hier nur ein Beispiel statt vielen: Wenn man nach dem deutsch-französischen Kriege sowohl die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen wie die des Deutschen Reiches befragt hätte, ob sie die Vergrößerung des Deutschen Reiches wie die Verkleinerung Frankreichs wolle?

Die von den sozialdemokratischen Abgeordneten Deutschlands zunächst zur Diskussion und später zur Entscheidung gestellte Frage ist, wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch ein vollkommen neuer Weg in dem politischen Dornenbusche unserer Zeit und muß, wenn von den reichsdeutschen Sozialdemokraten hier nicht locker gelassen wird, das Geschrei nach der Diktatur von Rechts, wie das Liebäugeln mit einem abermaligen Umsturze von Links allmählich wieder zum Verstummen bringen.

An dem Wahlrechte läßt sich kaum noch etwas verbessern, also bliebe eigentlich, sofern die Demokratie fortbestehen soll, nur noch der Schritt zur direkten Gesetzgebung durch das Volk übrig. Da derzeit so viel über Demokratie und Diktatur gesprochen und geschrieben wird, seien zum Schlusse noch folgende Worte Rittlinghausens, des Verfechters der direkten Gesetzgebung durch das Volk auf deutschem Boden, angeführt:

„Der Begriff Diktatur bildet mit dem der Demokratie einen so schneidenden Gegensatz, daß schwer zu begreifen ist, wie vernünftige Männer je auf den Gedanken geraten sind, die erstere im Dienste der zweiten verwenden zu können. Darf sich die Demokratie, selbst, wenn sie es vermöchte, dem Experimental-Talente eines Einzelnen überliefern, den der Besitz der Gewalt unzweifelhaft derart verblenden und umwandeln müßte, daß die Aufrechterhaltung dieses Besitzes sein nächster Zweck werden und sein ganzes Streben dahin gerichtet sein würde, sich die nötigen Stützen zu verschaffen, was wieder nur durch den Mißbrauch der ihm anvertrauten Macht und die Bevorzugung der verächtlichsten Kreaturen zu ermöglichen wäre.

Kunst und Wissen.

Prager Internationales Musikfest. (Smetana-Zyklus im tschechischen Nationaltheater: „Die verkaufte Braut“) Mit Smetanas populärsten und bekanntesten Werken, der volkstümlichen komischen Oper „Die verkaufte Braut“, haben am Sonntag abends die musikalischen Geschehnisse der Prager internationalen Musikfesttage ihren Anfang genommen. Die Aufführung des Meisterwerkes in der ebenso stilvollen wie farbenreichen neuen Bühnenausstattung Prof. Kyselas, unter der sorgfältigen Regie Ferdinand Pujmanns und der rhythmisch exakten musikalischen Leitung des Operchefs Prof. Ottokar Ostrčil bildete eine würdige Eröffnung der Festlichkeiten. Besonderes Lob verdient das klanglich wunderbar ausgeglichen spielende Orchester, der gut disziplinierte Chor und das aus Rhythmus und Grazie zusammengesetzte illusionsvollkommene Ballett, wie denn überhaupt der Ton der Aufführung mehr auf der repräsentativen äußeren Aufmachung lag. Denn unter den mitwirkenden Solosängerinnen und Sängern entsprachen nur wenige dem allgemeinen künstlerischen Niveau der Vorstellung. Die beste Leistung bot Herr Pollert als Heiratsvermittler Kecal, Trotzdem sei anerkannt, daß sich auch die übrigen Künstler (die Damen Slechtova und Pivonkova sowie die Herren Chodounsky, Stork und Wurzer) mit allen Kräften dafür einsetzten, der versammelten internationalen Musikwelt gleich von allem Anfange an den richtigen Begriff von der Musikpflege in der Tschechoslowakei zu geben. Alles in allem: Ein Festabend, der auch dem äußeren Bilde nach zum Ausdrucke kam und jedenfalls von guter Vorbedeutung ist für das Gelingen der folgenden Musikfestlichkeiten. — ok.

„Komödie um Rosa“ von Fred. Anthoin Angermeyer. Es gibt Komödien, die nur unterhalten wollen, weiter solche, die daneben, wie die Molièreschen, bessern und belehren und drittens solche, die keine eigentlichen Komödien mehr sind, sondern nur dramatisierte Satiren. Zu der letztern Art gehört die „Komödie um Rosa“. Es handelt sich um die Entlarvung eines ganzen Stadtratskollegiums, das sich vier Mann hoch an dem koketten Weibe eines Arbeiters vergangen hat und nun die Enthüllung seiner Verschuldung fürchtet, die durch den Tod der schwangeren Frau offenkundig zu werden droht. Als gelungene Satire trifft der zweite Akt ins Schwarze, indem sich hier die Gesinnungsniedrigkeit, das Philistertum und die Banausenhaftigkeit dieser vier Spießbürger austobt: der Hochmut des Bürgermeisters, Wut und Leichtfertigkeit des zurückgesetzten Apothekers, die Burschikosität des Kreisarztes, das Protzentum des Kleinstadtfabrikanten sind durch das gemeinsame Schuldbewußtsein geeint, um dem Arbeiter, der durch ihre Mitschuld (hier liegt eine etwas unklare Problemstellung vor) die Frau verloren, die Wahrheit zu verheimlichen und ihn durch Versprechungen vor allem durch Verleihung einer Beamtenstelle im Gemeinderat zu ködern. Es gelingt dem Kleeblatt, den Ehemann zu täuschen. Auch das gefürchtete Eingreifen der kirchlichen Gewalt wird durch die schnell an den Pfarrer konzedierte Klosterschule beseitigt. Der Arbeiter wird aber schon am nächsten Tage auf niederträchtige Weise zum Verzichte auf das Errungene gezwungen, als es sich herausstellt, daß er durch allzustarke Abtreibungsmittel an dem Tode der Leichtfertigen selbst auch Mitschuld trägt; allerdings ahnt er aus den Fieberträumen der Frau die Wahrheit ihrer Verschlungenen. Im Bewußtsein geretteter Reputation spazieren die „ehrsamen Stadtväter“, jeder mit einer Lilie im Knopfloch und dem Kranze am Arme, unter den Klängen des Trauermarsches hinter dem Sarge. Die dramatisierte Satire wirft (trotz der nicht klaren Führung der Handlung) scharfe Streiflichter auf soziale und kulturelle Probleme der Kleinstadt, nicht minder auf die Frage der Fruchtabtreibung. — Gespielt wurde einheitlich im vorzüglicher Weise. Wenn wir H. Koch als Apotheker besonders hervorheben, ist dies keine Herabsetzung der Leistung Bauers (Arzt), Liebls (Fabriksdirektor), Reinhardts (Bürgermeister), Renners (Arbeiter), Veits (Pfarrer). — Unser Dramaturg Demetz und die Bühne kann sich mit dieser Aufführung überall sehen lassen. Der Autor konnte sich für entschiedenen Beifall wiederholt bedanken. K. E.

Operetten-Einakter. Die Blütezeit der einaktigen Operette fällt in die Wiener Kapellmeisterjahre des Dalmatiners Franz Suppee, der neben etlichen ausgewachsenen dreiaktigen Operetten mehr als ein Dutzend köstlicher Operetten-Einakter schrieb, die auch heute noch zu den beliebtesten Standwerken der Operettentheater gehören. Einer der besten unter den Operetten-Einaktern Suppees ist seine „Galathee“-Parodie, die am Samstag neueinstudiert am Neuen deutschen Theater über die Bretter ging. Freilich merkt man bei ihrer neuzeitlichen Wiedergabe, daß musikalisch manches nicht mehr unserem Geschmack und Empfinden entspricht und daß diese Art von Operetten hauptsächlich ausgezeichnete Sänger verlangt, die ihr das moderne, vor allem auf den Tanz eingestellte Operettenensemble nicht immer zu geben vermag. Immerhin erzielte das melodiöse Werk mit den Damen Ferry und Siklosy sowie den Herren van dem Bruch und Berger einen fast premierenhaften Erfolg. Gegen diesen „klassischen“ Operetteneinakter wirkte Eyslers einaktige Vaudeville-Operette „Vera Violetta“ mit ihrer zweifelhaften Parfümeriereklame kitschig und banal. Daß sie trotzdem lebhaften Anklang fand, dankt sie ausschließlich der zwerchfellerschütternden Darstellung ihrer männlichen Hauptrollen durch die Herren Gabel und Berger. In der weiblichen Hauptpartie offenbarte Frl. Dorit Jenny neuerdings starkes schauspielerisches Talent und gesangliches Können, so daß man sogar den Mangel an Grazie ihrer Bewegungen gerne übersah. Musikalischer Leiter des animierten Abends war Kapellmeister Waigand. —ek.—

Eugen d'Alberts „Tiefland“, eines der wirksamsten Opernwerke des berühmten Klaviervirtuosen, das in der Verherrlichung der Freiheit und Sittenunverdorbenheit der Bergbewohner ebenso gut „Hochland“ heißen könnte, gelangte am Sonntag im Neuen deutschen Theater mit der Wiener Kammersängerin Frau Gutheil-Schoder als Gast und teilweise in neuer Besetzung zur Aufführung. Frau Gutheil-Schober gibt der Rolle der unglückseligen Frauengestalt Martha des Stückes darstellerisch alles, was zu erschüttern und zu rühren vermag, so daß man es um der großartigen schauspielerischen Leistung willen doppelt bedauert, daß der Künstlerin nicht auch die entsprechenden stimmlichen Mittel zur Verfügung stehen. Den Hirten Pedro sang für den noch immer an den Folgen der „Othello“-Ueberanstrengung kranken Tenor Macha Herr Fritz Klarmüller; gesanglich überzeugend, in der Darstellung aber viel zu wenig temperamentvoll. Neu war Herr Fuchs als herrischer und liebegieriger Sebastiano, Herr Hermann in der Rolle des Tommaso und Frau Scharf als kindliche Nuri. Als gewandter Dirigent bewährte sich Herr Ullmann. —ek.—

Gastspiel Elisabeth Bergner. Die Berliner Künstlerin wird heute und morgen im Neuen Theater mit einem Ensemble des Wiener Raimundtheaters in Sacha Guitrys Lustspiel „Ich liebe dich“ gastieren. Am Donnerstag beschließt dann Elisabeth Bergner ihr Gastspiel in der Kleinen Bühne in der Titelrolle von Strindbergs „Fräulein Julie“.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag und Mittwoch „Ich liebe dich“; Donnerstag „La Boheme“; Freitag „Hampelmann“; Samstag „Die blaue Maus“; Sonntag „Othello“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag Bankbeamtenvorstellung „Die deutschen Kleinstädter“; Mittwoch „In Ewigkeit, Amen“, „Schneider Fips“, „Ein Königreich für einen Schlager“; Donnerstag „Fräulein Julie“; Freitag „Der kühne Schwimmer“; Samstag „Komödie um Rosa“; Sonntag halb 11 Uhr ösch.-hyg. Gymnastik, abends „Die blaue Maus“.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Wegstädtl, welche am 25. März in Straschen stattfand, beschäftigte sich unter dem Vorsitze des Genossen Reichelt zuerst eingehend mit den für die ländliche Bevölkerung besonders wichtigen Steuerfragen. Genosse Zenker aus Zebus konnte erfreulicherweise berichten, daß durch sein Eingreifen bei der Steuerbehörde in Dauba zahlreichen Genossen die Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe bedeutend ermäßigt wurde. Abgeordneter Genosse Schweichhart besprach die Umsatzsteuer für 1923, welche im Gegensatz zu früher nur gemeindeweise pauschaliert wird, die individuelle Einhebung, welche für die kleineren Landwirte günstiger war, entfällt aus angeblich technischen Gründen. Die Konferenz befaßte sich noch mit einer Reihe anderer Fragen und verlief in vollster Einmütigkeit.

Turnen und Sport.

Die Tschechen schlagen die Türken 5:2.

Paris, 25. Mai. Das Spiel der Tschechoslowaken gegen die Türken war von einem zahlreichen Publikum besucht. Die Türken haben den Anstoß. Kurz darauf geht die Führung des Spiels an die Tschechen über.

Auf einen gutgezielten Ball Jelineks verfehlte Stapl um ein Kleines das türkische Tor. Novak gelingt es, über die Verteidigung hinauszukommen. Der gute Torwächter der Türken hält den ersten Angriff auf. Den Tschechoslowaken wird ein Freistoß zugestanden. Novak schießt, doch prallt der Ball an dem Torpfeiler ab. Kurz darauf gibt Stapl das erste Goal. Das zweite schießt Sedlacek. Im Verlaufe des weiteren Spieles haben die Tschechen fast immer den Ball. Nach einem kurzen Spiel im Zentrum schießt Sedlacek das dritte Tor. Halbzeit 3:0 zugunsten der Tschechoslowaken.

In der zweiten Hälfte stehen die tschechoslowakischen Spieler gegen den Wind. Die türkische linke Verteidigung übernimmt den Ball, durchbricht die tschechoslowakische Front und schießt das erste Tor. Das Spiel gestaltet sich hierauf heftiger. Der türkische Torwächter wehrt zwei gutgezielte Schüsse ab. Schließlich schießt Novak das vierte Tor und Capek das fünfte Tor. Die Türken geben knapp vor Schluß des Spieles das zweite Tor.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die tschechoslowakische Verteidigung nicht auf ihrer Höhe stand. Auf tschechoslowakischer Seite scheint man den Gegner unterschätzt zu haben. Trotz des systematischen, überlegenen Spieles wußten die Tschechoslowaken einige Schwächen der Gegenpartei nicht auszunutzen.

Heimischer Fußball. Prag: Slavia — AFK. Wrschowitz 3 : 0; Sparta komb. — Slavoj VIII 1 : 2; SK. Malostransky — Klavoj-Zizkov 3 : 3; Nuselsky SK. — Wrschowitz 2 : 1; Meteor Weinberge — Radlitzer AFK. 2 : 1; Sparta Koschirsch — Praga VII 2 : 2. — Karlsbad: Karlsbader FK. — Komotauer FC. 2 : 0; Sparta-Karlsbad — DSV. Eger 5 : 0. — Teplitz: Teplitzer FC. — DSC. Brüx 12 : 0, Ligameisterschaft. — Brünn: SK. Zidenice — AFK. Pardubitz 3 : 1. — Wittkowitz: Deutsche Sportbrüder Prag — DSV. Wittkowitz 0 : 0. — Kolin: AFK. Kolin — SK. Pardubitz 3 : 1. — Troppau: DSV. Troppau — SK. Preßburg 4 : 2.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 300.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127.863